

# Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:  
Johannisstraße Nr. 46.  
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 50 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 285.

Donnerstag, den 5. Dezember 1912.

19. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

## Zur Frage der inneren Kolonisation.

Als Mittel gegen die Teuerung der Nahrung, insbesondere gegen die Fleischnot, wird neuerdings von liberaler Seite die innere Kolonisation empfohlen. Die Konservativen sind zwar im Grunde ihres Herzens dagegen, weil sie davon Nachteil für den Großgrundbesitz befürchten. Doch können sie nicht offen widersprechen; haben sie doch gar zu oft die Schaffung und Erhaltung eines Kleinbauernstandes als vornehmstes Mittel zur Kräftigung des Staates gegen den Umsturz gepriesen. Nachdem nun der Reichstanzler kürzlich im preußischen Abgeordnetenhaus eine Vorlage zur Förderung der inneren Kolonisation angekündigt hat, die — laut Zeitungsmeldungen — noch vor Weihnachten dem Landtage zugehen soll, wird man bis auf weiteres annehmen dürfen, daß sie die Unterstützung sämtlicher „Staatserschaltenden“ Parteien finden wird. Und in den nächsten Wochen und Monaten wird die bürgerliche Presse vermutlich wieder bis zum Ueberdruß die Lehre verkünden, daß ein sechshafter und wohlhabender Mittelstand die Grundlage jedes geordneten Staatswesens, das festeste Bollwerk gegen die Sozialdemokratie bilde und daß deshalb die innere Kolonisation nach Kräften gefördert werden müsse.

Kann denn nun auf dem Wege der inneren Kolonisation solch ein Stand von kleinen und mittleren Bauern geschaffen werden, die sorgenfrei und schuldenfrei auf ihrem Besitztum leben? Selbstverständlich handelt es sich bei dem, was Regierung und bürgerliche Parteien wollen, nicht einfach um die Urbarmachung von Weidlandereien. Daß hierfür die Sozialdemokratie ohne weiteres zu haben wäre, braucht nicht erst gesagt zu werden. Sondern es handelt sich darum, eine Anzahl von kleinen und mittleren Gütern zu schaffen — sei es durch Parzellierung schon vorhandenen Kulturlandes, sei es auf neu gewonnenem Boden — und auf ihnen kleine Leute anzusiedeln. Davon verspricht man sich zweierlei: erstens eine Wiederbevölkerung des platten Landes; der vielbeklagten „Landflucht“ hofft man dadurch zu steuern. Zweitens soll ja — nach der bekannten Theorie — in der Landwirtschaft der Kleinbetrieb, wenigstens für bestimmte Wirtschaftszwecke, namentlich Gemüsebau, Obstbau, Viehzucht, produktiver sein als der Großbetrieb. Man erwartet also, daß ein so ausgedehnter Kleinbetrieb mit der Zeit so viel Gemüse, Obst und Fleisch liefern werde, daß wenigstens diese Nahrungsmittel stets in überreichem Maße vorhanden sein würden.

Wie man sieht, ist es ein ganzer Komplex von Fragen, die sich an die innere Kolonisation knüpfen, und die alle werden zu gegebener Zeit sorgfältig durchgesprochen werden müssen. Für heute wollen wir uns nur damit beschäftigen, ob und wie es bisher gelungen ist, durch solche oder ähnliche Maßnahmen eine Wiederbevölkerung des platten Landes zu erreichen und wie die nächstbestehenden, nämlich die Angeiedelten selbst, dabei gefahren sind. In dieser Hinsicht liefert schätzenswertes Material ein in den „Preuß. Jahrbüchern“ erschienener Artikel über den „Stand der mitteldeutschen Kleinbauern“ von Runo Waltemath, der seinerseits aus dem Jahrbuch der deutschen Landwirtschaftsgesellschaft schöpft. Wir erfahren da, daß man in Mitteldeutschland den kleinen Leuten die Möglichkeit gegeben habe, ihre Subsistenz nach einer eigenen Scholle Landes zu stiften. Im Regierungsbezirk Kassel z. B. wird die Lage wie folgt geschildert:

„In der unmittelbaren Nähe der Städte wird im Kleinbetrieb sehr viel Gemüsebau betrieben. Zum Teil sind es Kleinbauern, noch mehr sind es aber Leute, die als Industriearbeiter und sonst in der Stadt tätig sind, aber außerhalb der Stadt ein Stück Land oder einen Garten ihr Eigen nennen und diese Fläche mit der Familie bewirtschaften. Das Gemüse wird dann nicht etwa waggungsweise in die Stadt gebracht, sondern an jedem Markttag schleppen die Frauen das Gemüse als Traglast auf dem Rücken oder in Körben auf dem Kopf nach der Stadt und verwerten es dort zu meist recht ansehnlichen Preisen.“

So besitzt Hessen nicht weniger als 79 459 landwirtschaftliche Nebenbetriebe, wovon die eben geschilderten Gemüsewirtschaften einen großen Teil ausmachen, einen anderen großen Teil die landwirtschaftlichen Betriebe, die den zahlreich in Hessen lebenden Waldarbeitern, Eisenbahnarbeitern und ländlichen Handwerkern zugehören, sowie den ländlichen Arbeitern.“

„Diese Nebenbetriebe haben in unserem Bezirk eine besondere Bedeutung, sie bilden die Grundlage für

jene soziale Struktur, die man im großen und ganzen wünscht. Die große Mehrzahl aller dieser Besitzer und Betriebsinhaber sind Arbeiter, Handwerker, Maurer, Zimmerer usw., Leute, die entweder auf dem Dorf oder in der Stadt arbeiten, und zu Hause ihr Besitztum haben, die Sonnabend nach Hause fahren und ihre Ersparnisse auf die Sparkasse des Arbeitersvereins tragen.“

Also so sieht die soziale Struktur aus, die man im großen und ganzen wünscht! Dabei wird ausdrücklich hervorgehoben, daß sie, wenn auch nicht durch innere Kolonisation, so doch auf eine ganz gleichartige Weise entstanden ist, nämlich durch Zerteilung größerer Besitzungen. „Wo es jetzt in Nassau von den kleinen Parzellen der Arbeiter, Handwerker, Gärtner wimmelt, bestanden früher größere geschlossene Höfe.“ Es ist dies eine Folge des in Nassau geltenden Erbrechts: „jedes ländliche Eigentum wird in so viel Teile zerlegt, wie Kinder vorhanden sind.“ Auf diese Weise wird natürlich das Besitztum jedes Einzelnen immer kleiner, bis es schließlich nicht mehr ausreicht, ihn zu ernähren, so daß er gezwungen ist, daneben andere Arbeit zu betreiben. Dies aber betont der Verfasser als besonders segensreich! Denn — das sagt er zwar nicht mehr ausdrücklich, aber es versteht sich ja von selbst — nun sind die Leute sechshafter gemacht und stehen trotzdem dem städtischen Kapital oder dem großen Grundbesitz als Lohnarbeiter zur Verfügung. Ebenso liegen die Dinge in Thüringen, wo die Leute außer ihrer kleinen Landwirtschaft die Hausindustrie betreiben, und im Teutoburger Wald, wo sie vielfach in die Ziegeleien gehen:

„Wer im Sommer Lippe durchwandert, dem fällt der große Mangel an jüngeren Männern auf. Nur Frauen, Kinder und alte Männer sieht man; die Frauen verrichten tatkräftig die Feldarbeit. Ähnliches sieht man häufig im südlichen Hannover. Im Grubenhagenschen und Göttingenschen sind u. a. zahlreiche Dörfer vorhanden, deren Insassen als industrielle Arbeiter, als Handwerker oder in sonst einem nicht landwirtschaftlichen Berufe ihr Brot verdienen, aber Bauernwirtschaft daneben betreiben.“

Wir haben nicht nötig, unseren Lesern die wirkliche Bedeutung solcher Zustände erst noch lange zu erläutern. Eine derartige „Landwirtschaft“ hat weiter keinen Zweck, als dem großen Kapital — sowohl dem industriellen, als dem landwirtschaftlichen — Arbeiter zur Verfügung zu stellen, die es nicht voll zu bezahlen braucht. Ist es nicht ein Skandal, daß Leute, die die furchtbar schwere Arbeit in den Ziegeleien verrichten, oder die als Maurer, Zimmerleute, Fabrikarbeiter tätig sind, nicht einmal soviel Lohn bekommen, um davon mit ihren Familien leben zu können? daß sie nach des Tages Last und Mühe gezwungen sind, noch abends und des Sonntags sich auf dem Felde abzuquälen, um des Lebens Notdurft zu haben? daß ihre sogenannte „Landwirtschaft“ ihnen nur einen kümmerlichen Notbehelf gewährt, das sagt der Verfasser selbst mit den Worten:

„Freilich, wenn nicht durch das Anwachsen der Städte die Gelegenheit zu verdienstlicher Arbeit sich so unendlich vermehrt hätte, dann müßte zweifellos das graue Elend seine Einfahrt in die endlos geteilten und untergeteilten Güter halten.“

Selbstverständlich soll hiermit nicht ein Verdammungsurteil über die gesamte innere Kolonisation gesprochen werden. Soweit sie darauf ausgeht, einen selbständigen Bauernstand zu schaffen, welcher von der seinem Besitz gewidmeten Arbeit wirklich leben kann, werden wir uns später noch mit ihr beschäftigen. Aber es kann keinem Zweifel unterliegen, daß die innere Kolonisation zum großen Teil gerade das will, was Herr Waltemath als so segensreich erscheint: nämlich den großen Grundbesitzern die nötigen Arbeitskräfte verschaffen. Das ist z. B. der Zweck der Arbeiteransiedlungen in Posen und Westpreußen. Dieser Zweck läßt sich aber auf keine andere Weise erreichen als indem man den Arbeitern ein Stückchen Land anweist, das zu ihrer Ernährung nicht ausreicht, und sie so zwingt, außerdem noch auf ein benachbartes Gut arbeiten zu gehen. Mit anderen Worten: zum Vorteil der großen Besitzer, damit sie keine vollen Löhne zu zahlen brauchen, wird den Arbeitern jedes Restchen freier Zeit, jede Stunde der Mühe genommen. Für solche innere Kolonisation wird sich die Sozialdemokratie stets bedanken.

## Der Waffenstillstand.

Dem Massenmord auf dem Balkan ist nunmehr durch den Abschluß eines Waffenstillstandes, über dessen Zustandekommen wir bereits gestern berichteten, vorläufig Einhalt geboten worden. Wie die „Agence Bulgare“ meldet, wurde der Waffenstillstand Dienstag

abend 8 Uhr in Tschataldtscha unterzeichnet. Folgende Bedingungen wurden festgelegt: 1. Die kriegsführenden Heere bleiben in ihren Stellungen. 2. Die belagerten Plätze werden nicht neu verprobiert. 3. Die Zufuhr von Lebensmitteln für die bulgarische Armee wird über das Schwarze Meer und Adrianopel erfolgen und zwar vom zehnten Tage nach Abschluß des Waffenstillstandes ab. 4. Die Friedensverhandlungen werden am 13. Dezember in London beginnen. Der Waffenstillstand ist durch die Bevollmächtigten Bulgariens im Namen Bulgariens, Serbiens und Montenegros unterzeichnet worden. Griechenland bedang sich eine Frist von 24 Stunden aus, um sich dann eventuell der Unterzeichnung anzuschließen. Im Falle des Nichtanschlusses wird die griechische Regierung sich gleichwohl an den Friedensverhandlungen beteiligen.

Die Türken richten sich für die Fortsetzung des Kampfes ein, indem sie mit dem Bau von Baracken an der Tschataldtscha-Linie für die Überwinterung der Truppen begonnen haben.

In dem unterzeichneten Protokoll über den Waffenstillstand heißt es: Um die Feststellung der Friedenspräliminarien zu ermöglichen, schließen die Regierungen der Türkei, Bulgariens, Serbiens und Montenegros einen Waffenstillstand auf unbestimmte Dauer ab. Wenn sich die beiden Parteien nicht einigen und die Fortsetzung des Krieges notwendig werden sollte, so müssen die Kriegführenden gegenseitig 48 Stunden vorher von der Wiederaufnahme der Feindseligkeiten Kenntnis geben. Die einen Kontakt verbindenden neutralen Zonen werden von den Generälen der beiden Parteien festgelegt. Zur Festlegung der Zonen werden die Montenegrer einen Sondergesandten nach Skutari, die Bulgaren nach Adrianopel, die Serben zur Westarmee entsenden. Die Delegierten werden sich mit den türkischen Delegierten auseinandersetzen.

## Die letzten Kämpfe.

Nach Berichten des Generals Martinowitsch unternehmen die Türken Dienstag auf der langgestreckten Linie vom Flusse Kiri bis Braka einen scharfen Ausfall gegen die montenegrinischen Stellungen mit der Absicht, die feindlichen Linien zu durchbrechen. Auf beiden Seiten entwickelte sich ein heftiges Geschwetz, in das auch eine Maschinengewehr-Abteilung eingriff. Nach mehrstündigem Kampfe gelang es den Montenegrinern, die Türken unter starken Verlusten zurückzuwerfen und eine den Tarabosch beherrschende Höhe unterhalb Schirokagora zu besetzen, wo Batterien aufgestellt wurden. Dadurch erscheint die Stellung der Montenegriner erheblich vorteilhafter für das weitere Vorgehen gegen Skutari. Die Montenegriner verloren gestern sechs Mann und einen Offizier und hatten mehrere Verwundete. Die Verluste der Türken sollen bedeutend sein.

Über den Kampf bei Skutari am Montag wird nachträglich gemeldet: Das Gefecht war sehr erbittert. Nur durch das Eingreifen der Zeta-Brigade gelang es den Montenegrinern, ihren Rückzug zu decken. Die Verluste der Montenegriner sollen viel größer sein, als diese angeben. Die Zensur wird jetzt schärfer gehandhabt. Der König verteilte unter die Truppen Geld und Medaillen, um die Kampfmühe zu heben.

Die Griechen sollen einen Flottenangriff auf Selligoli gerichtet haben. Über den Ausgang des Kampfes ist bisher nichts gemeldet. Selligoli ist der Schlüssel zu den Dardanellen.

Die Albanesen richteten durch ihren Führer Smail Kemal ein Telegramm an die Spitze, das folgendermaßen lautet: Die Albanesen, die bis zu diesem Augenblick dem ottomanischen Reiche treugeblieben sind, jede dieser Treue widersprechende Handlung vermeiden und nicht verächtlich, stets Hilfe zu leisten, haben, da ihr Land gegenwärtig vom Feinde überzogen ist, einstimmig beschlossen, ausschließlich zur Verteidigung ihrer nationalen Rechte, ohne der Türkei irgendeinen Nachteil zu bereiten, in den Vilajets Skutari und Sanina als Unabhängige zu verfahren. Sie bitten die türkische Regierung, ihre Unterstützung nicht zu verweigern.

## Politische Rundschau.

### Deutschland.

### Die Kriegsanfrage des Zentrums.

Die Generaldebatte des Etats, deren erste Tage der Behandlung der auswärtigen Politik gewidmet waren, erlebte heute erst ihre eigentliche traditionelle Einleitung. Herr Kühn sang den Reichsfinanzen ein Lob und ließ vor einer kleinen Zahl aufmerksamer



Hörer seine Zahlenreihen aufmarschieren, umgeben von einer wohlwollenden Interpretation.

Man könnte sagen, das war die Ruhe vor dem Sturm. So lebhaft und erregt sollte noch die Sitzung werden, die im tiefsten Frieden begonnen hatte. Die Rede unseres Genossen Dr. Frank, der als erster nach dem Staatssekretär das Wort ergriff, ließ empfinden, zu wie verschiedenen Auffassungen der Etat führen kann. Dem Staatssekretär hatte lediglich das fiskalische Ergebnis interessiert — unser Genosse hatte eine grundsätzliche andere Fragestellung: er fragte nach dem Ursprung und der Verwendung der Reichsgelder! In sehr interessanten und geschickten Ausführungen behandelte Frank unter der Aufmerksamkeit des ganzen Hauses die sozialpolitische Inhaltslosigkeit der gegenwärtigen Regierungspolitik und brachte sehr wirkungsvoll diese Debe in Zusammenhang mit dem preussischen Grundfehler unserer Politik. Frank war es, der auch die Frage in Fluss brachte, um die im weiteren Verlauf der Sitzung der Kampf so heiß entbrennen sollte. Unsere Stellungnahme ist klar: wie bisher bleiben wir Gegner des Jesuitengesetzes, haben indessen gegen die Haltung des Bundesrats nichts einzuwenden, der die Umgehung eines Gesetzes auf dem Wege einer Verordnung hindern mußte. Was aber wird das Zentrum tun — so fragte Frank — das schon ein paar Tage lang Kriegsbereitschaft markiert? Zu einer irgendwie energischen Opposition ist es ja gar nicht mehr fähig!

Das wollte offensichtlich Herr Dr. Spahn nicht gelten lassen, der zuerst in einer Art Religionsunterricht über die Einzelheiten des Erlasses und des Gesetzes dozierte, dann aber in einer formellen Erklärung der Regierung das Vertrauen kündigte und das Versprechen abgab, das Zentrum werde seine Haltung danach einrichten. Stürmisches Bravo erscholl aus den Reihen des Zentrums, wo man nach einem solchen Kraftwort gelebt hatte. Man brauchte offenbar eine Veruhigung für die aufgeregten Nerven und mehr wird wohl auch die Kriegserklärung des Herrn Spahn nicht sein, wie die Erinnerung an seine Antiduell-Erklärung vom Frühjahr wohl beweist.

Die Mitglieder der Regierung brauchten sich also gar nicht so arg zu erregen: es geht noch nicht um ihre Haut! Aber einstweilen waren die Herren auf den erhöhten Bänken von bebender Angst ergriffen und sichtbar erschüttert nahm der Kanzler das Wort, um die Freunde vom Zentrum zu beruhigen, ihnen zu versichern, daß es sich um gar keine Verschärfung handle, und schließlich um sie auch zu warnen, solche Verantwortung auf sich zu laden. Herr v. Bethmann-Hollweg war demgegenüber ergriffen, daß er beinahe herab und sogar lebhaft geworden wäre. Ergebnis dieses Zwiegesprächs war: Die diplomatischen Beziehungen zwischen Zentrum und Reichsfinanzler sind vorübergehend etwas getrübt.

Als der Kanzler geendet hatte, leerte sich das Haus und war hier und da bemerkbaren Abgeordneten sprach Graf Weizsäcker noch eine Stunde lang. Der Graf bekannte sich zwar zum Jesuitengesetz, betonte aber vorzüglich, und unter zentruntsüchtigen Beifall die tiefe Gemeinschaft, die trotz allem Klerikale und Konservative verbindet.

Die Debatte wird morgen fortgesetzt.

### Jesuiten-Entrüstung.

Während sich in Deutschland breite Volksschichten in massiven Kundgebungen gegen die drückende junkerliche Ausbeutungspolitik und gegen leichtfertig heraufbeschworene Kriegsgefahr wenden, arrangieren auch die Klerikale eine Protestaktion. Nicht aber gegen Volkessnot und Kriegselend wendet sich die ultramontane Demonstration, sondern — für größere Jesuitenfreiheit. Die erneute Bestätigung der alten Auslegung des Jesuitengesetzes kam dem Zentrum sehr gelegen, um daran die christlich-katholische Volkseele zum Kochen zu bringen und so die Aufmerksamkeit der frommen Gemüter abzuwenden vom päpstlichen Vernichtungsfeldzug gegen die Selbständigkeit der deutschen Gewerkschaftsgruppen, von Volksverrat und Kriegsheberei der christlichen Volkserreiter und ihrer Organe. Wie trefflich es die Klerikale verstehen, auch hierbei wieder die Religion in den Dienst der „guten Sache“ zu stellen, zeigt sich in der alten Bischofsstadt Mainz. Sämtliche katholische Pfarrer der Stadt erließen einen Aufruf an alle Männer und Jünglinge, sich am 8. Dezember, dem Fest der „unbefleckten Empfängnis Maria“, vormittags 7 Uhr im Dom zur Kommunion einzufinden. Nachmittags 4 Uhr wird dann der Bischof predigen und im Anschluß daran (5 Uhr) in einem großen Saale der Stadt eine Versammlung stattfinden, in der Reichstagsabgeordneter Kuchhoff-Eylen und Landtagsabgeordneter v. Brentano-Offenbach über das Jesuitengesetz sprechen sollen. Gleichzeitig kündigt das ultramontane „Mainzer Journal“ an, daß die Zentrumsfraktion im hiesigen Landtag „Kochenshaft“ von der hiesigen Regierung über ihre Stellung in der Jesuitenfrage“ verlangen werde.

### Kleine Anfragen im Reichstage.

Abg. Bernheim fragt: „Ist der Herr Reichskanzler bereit, dem Reichstage eine Zusammenstellung darüber zugehen zu lassen, welches nach den Etats der verschiedenen Staaten Europas für 1912 bzw. 1912/13 die Gesamtsummen jedes dieser Staaten dem Reibetrage nach waren und welche Summen davon für die Zwecke der Arbeiterversicherung angelegt waren?“ Abg. Dr. Bell (Ztr.) fragt: „Beschäftigen die verbündeten Regierungen, entsprechend den vom Reichstage wiederholt gefassten Entschlüssen, dem Bedürfnisse nach einheitlicher Regelung des Bergrechts in Deutschland durch Einbringung eines Reichsberggesetzes-Entwurfs abzuhelfen?“ — Diese Fragen werden am Freitag zu Beginn der Sitzung erledigt werden.

### Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion

bestimmte Mittwochabend für eine Reihe kleinerer Gesetzesentwürfe die Redner. In den Jugendgerichten werden ipsechen Rühle und Stadthagen; zum Gesetz über die Konstruktionsmittel Siebel und Dr. Quara; zur internationalen Vereinbarung zum Patentrecht wird Genosse Haupt eine Erklärung abgeben. Die Fraktion behandelte dann

in eingehender Weise den Gesetzentwurf über das Petroleummonopol.

### Aus der Wahlprüfungskommission des Reichstages.

Die Wahl des Abg. Schwabach (Nat.), Vertreter des Wahlkreises Memel-Hendekrug, war angefochten worden, weil die Agitation ostelbisch, d. h. mit reichlichem Aufwand von Schnaps und Bier, betrieben wurde. Der Protest wurde aber zurückgezogen und da die amtlichen Bemängelungen das Wahlergebnis nicht erschüttern konnten, wurde die Wahl für gültig erklärt.

### Ungültige Wahl.

Die Wahlprüfungskommission des Reichstages beschloß, die Wahl des Abg. v. Halem (Kpt.), 5. Marienwerder-Schwech, für ungültig zu erklären.

### Preussische Landtagsdiäten.

Die Diätenkommission des preussischen Abgeordnetenhauses hat Dienstagabend beschlossen, die Regierung um eine Neuregelung der Diäten für die Landtagsabgeordneten unter Gewährung von Freifahrkarten für die Dauer der Legislaturperiode für ganz Preußen zu ersuchen. Dieser Beschluß wurde mit 12 gegen 9 Stimmen gefaßt, obwohl der Regierungsvertreter erklärt hat, daß die Regierung nicht daran denke, vor den Neuwahlen die Initiative zu einer Änderung des bestehenden Zustandes zu ergreifen.

### Der Dank des Papstes.

Die „Acta Apostolicae Sedis“ in Rom veröffentlicht einen Brief des Papstes an den Kardinal Kopp, worin er den deutschen Bischöfen seine Genugtuung ausdrückt über die Ergebnisse, mit der sie die Enzyklika über die christlichen Gewerkschaften aufgenommen haben. Gleichzeitig spricht der Papst den Wunsch aus, daß am Konstanzer alle Katholiken ermuntert werden möchten, die Freiheit der Kirche eifrig anzustreben.

### Zur Prozeß Benzler-Thilmont

vor der Strafkammer in Straßburg wurde am Dienstagabend das Urteil gefällt. Abbe Thilmont wurde wegen Beleidigung des Bischof Benzler zu 1 Monat Gefängnis, Redakteur Luz vom „Journal d'Alsace-Lorraine“ zu 400 Mark Geldstrafe verurteilt.

### Die Besitzsteuerfrage und die Bundesregierungen.

Eine Korrespondenz will wissen, daß die Bundesregierungen jetzt auf Grund der Denkschrift des Reichschahamts eifrig über die Besitzsteuerfrage verhandeln. Es wird eine Einigung angestrebt, noch ehe die Konferenz der leitenden Minister in Berlin endgültig bestimmt, welche Besitzsteuerart dem Reichstage vorgeschlagen werden soll. — Der Reichstag soll auch seine Zustimmung dazu geben, daß die gelegentlich der Finanzreform unter den Bundesregierungen getroffene Vereinbarung, die Matrikularbeiträge auf 80 Pfennige für den Kopf der Bevölkerung für einen Zeitraum von fünf Jahren festzusetzen (welche Vereinbarung am 1. April 1914 abläuft), auf weitere fünf Jahre erneuert wird, aber nicht auf Grund eines stillschweigenden Übereinkommens, sondern im Wege einer gesetzlichen Festlegung.

### Reichskanzler und Kurie.

Kardinal Dr. Kopp in Breslau ist bis jetzt der Vertrauensmann der preussischen Regierung im Verkehr mit der Kurie gewesen. Dieses Vertrauensverhältnis hat nun anscheinend einen Riß bekommen, und die Ursache bildet die Kölner Erzbischofswahl. Die „Tägliche Rundschau“ erzählt dazu von unterrichteter Seite:

„Dr. Kopp, der durch und durch Berliner ist, hat einen hervorragenden Anteil an der päpstlichen Enzyklika über die Arbeiterorganisationen gehabt, durch die der Unmut des Reichskanzlers in hohem Maße erregt worden ist. Außerdem aber hat Dr. Kopp zum Ärger Herrn von Bethmann-Hollwegs bewirkt, daß zum Erzbischof von Köln nicht der dem Reichskanzler genehme Bischof in Dresden, Dr. Schäfer, sondern der Bischof von Münster, Dr. Hartmann, ein janitscher Roming und janitscher „Berliner“ gewählt wurde. Man erzählt sich, daß im preussischen Staatsministerium über diese Wahl verschiedene Ansichten bestanden haben. Während Herr v. Bethmann-Hollweg und der Kultusminister den Dresdener Bischof für die geeignete Persönlichkeit hielten, sei der Landwirtschaftsminister für den Bischof von Münster eingetreten.“

Dr. Kopp versicherte, daß der der Regierung genehme Kandidat gewählt werde. Zur Überraschung der preussischen Regierung wurde dann der Bischof von Münster gewählt, und Kardinal Dr. Kopp redet sich darauf hinaus, daß er gedacht habe, Dr. Hartmann aus Münster sei der Kandidat, den die Regierung gewünscht habe.

### Einführung der Schiffsabgaben.

Seit etwa zwei Jahren schon ist das Gesetz verabschiedet, das die Einführung von Schiffsabgaben vorsieht. Der Durchführung des Gesetzes stand bis jetzt jedoch der Widerpruch Österreichs und Hollands entgegen, ohne deren Zustimmung weder auf dem Rhein noch auf der Elbe solche Abgaben erhoben werden dürfen. Wie nun von liberalen Blättern gemeldet wird, hat der Reichskanzler dem Bundesrat Mitteilung gemacht, daß die Verhandlungen mit Österreich und Holland einen günstigen Verlauf genommen haben, jedoch für das Jahr 1915 mit der Einführung des Reichsgesetzes zu rechnen sei. — Es ist im Augenblick nicht zu übersehen, ob diese Nachricht den Tatsachen entspricht, aber immerhin ist es möglich, daß Österreich für die vom Reichskanzler so ostentativ betonte Bündnistreue keinen Widerstand aufgegeben hat, dagegen ist in der Öffentlichkeit noch nichts bekannt geworden, das darauf schließen lassen könnte, daß auch Holland bereit ist, der Belastung seiner eigenen Schifffahrt auf dem Rhein die Zustimmung zu erteilen.

### Gegen die Rüstungstreiber.

Der von unseren Hurratrioten stets als Argument für weitere Rüstungen Deutschlands ins Feld geführte Hinweis auf die angebliche Stärke der französischen Armee erfährt eine interessante Kritik durch die Ausführungen, die der Hauptmann Leinweber vorige Woche in einer nationalliberalen Versammlung in Hannover-Münden machte. Nach einem Bericht des „Hannoverschen Couriers“

kritisierte der Herr Hauptmann nämlich die Ausführungen, die der durch seine öffentlichen Reden schon mehrfach unrichtig bekannt gewordene Generalleutnant v. Brochm kürzlich in Essen getan hat. Dort hatte dieser die Heereszahlen Deutschlands und Frankreichs gegenübergestellt, wobei er zu dem Schluß kam, daß Deutschlands Heer numerisch dem Frankreichs unterlegen sei. Herr Leinweber führte demgegenüber aus, daß die französischen Zahlen stark idealisiert seien, daß sie zum großen Teil nur auf dem Papier ständen, während unsere Zahlen der Wirklichkeit entsprächen. Unser Heer sei daher immer noch bedeutend stärker als das französische.

Diese Kritik der unverantwortlichen Rüstungstreiber ist umso wertvoller, als sie von einem Berufsmilitär, also von einem zweifellos sachverständigen Manne, geübt wurde.

### Das Volksschulgesetz im sächsischen Landtage angenommen.

Am Dienstag wurde die Beratung des Volksschulgesetzes im sächsischen Landtage zu Ende geführt. Angenommen sind: Schulgeldfreiheit, Allgemeine Volksschule, Herabsetzung der Klassenfrequenz, obligatorischer Mädchenfortbildungsschulunterricht, geringe Einschränkung der geistlichen Aufsicht des Religionsunterrichts, ferner Nichtbeteiligung der Disidentenkinder am Religionsunterricht. Der Religionsunterricht wird nicht nach dem Buchstaben des Bekenntnisses, sondern nach einer freieren religiösen Auffassung (Zwickauer Theen) erteilt. Die sozialdemokratische Fraktion konnte nach diesem Ausgang für das Gesetz stimmen. Es fand eine namentliche Abstimmung statt. Mit 61 gegen 28 Stimmen wurde das Schulgesetz mit den Beschlüssen der Zwischendeputation und den entsprechenden Änderungen angenommen. Dagegen stimmten die Konservativen, dafür die Sozialdemokraten, Freisinnigen und Nationalliberalen.

Es beginnt nunmehr das Vereinigungsverfahren mit der Ersten Kammer.

### Zur sächsischen Landtage

wurde am Mittwoch ein sozialdemokratischer Antrag angenommen, der folgenden Wortlaut hat: Die Kammer wolle beschließen, die Kgl. Staatsregierung zu ersuchen, zur systematischen Bekämpfung der Berufskrankheiten und zur ärztlichen Überwachung der gesetzlichen Arbeiterschutzbestimmungen einen Landesgewerbearzt anzustellen. — Redner aller Parteien erklärten sich für den Antrag.

### Der Wagenmangel und die Eisenbahn-Verkehrsstockungen in Rheinland-Westfalen.

Das preussische Abgeordnetenhause hat am Dienstag seine Plenarsitzungen wieder aufgenommen. Die ganze erste Sitzung wurde ausgefüllt durch die Besprechung des Wagenmangels und der Verkehrsstockungen in Rheinland-Westfalen. Zur Grundlage der Besprechung diente neben einer Interpellation des Zentrums über die Sperrung des Eisenbahn-Güterverkehrs auf dem linken Niederrhein ein Bericht der Schlepplomonopolkommission über Petitionen der Ruhrbergwerke. Entgegen dem Antrage der Kommission auf Überweisung der Petitionen als Material beschloß das Haus gegen die Stimmen der Konservativen die Überweisung zur Berücksichtigung dahin, daß mit tunlichster Beschleunigung die stehenden Anlagen und das rollende Material der Staatsbahnen zur betriebsfähigeren Bewältigung auf stark steigenden Verkehr in Stand gesetzt werden. Die Debatte selbst bot, nachdem diese Frage bereits einmal im Abgeordnetenhause und in der vorigen Woche auch im Herrenhause erörtert ist, wenig neue Momente. Alle Redner stimmten darin überein, daß sich die Eisenbahnverwaltung ihrer Aufgabe nicht gewachsen gezeigt hat. Für die Sozialdemokratie betonte Gen. Ströbel nachdrücklich die Notwendigkeit, die Eisenbahnverwaltung unabhängig von der Finanzverwaltung zu machen. Ströbel war auch der einzige Redner, der auf die gewaltigen Schädigungen der Arbeiter, namentlich der Bergarbeiter, durch den Wagenmangel hinwies. — Der Minister suchte seine Verwaltung möglichst von jeder Schuld reinzuwaschen; er wird aber selbst nicht glauben, daß ihm das gelingen ist. In bezug auf die Arbeiterverhältnisse sang er das alte Lied von der angeblichen sozialen Fürsorge der Eisenbahnverwaltung; aber gerade die Zahlen über die Löhne der Eisenbahner, die er anführte, bewiesen schlüssig, wieviel in der Verwaltung noch zu tun übrig bleibt. — Mittwoch stehen an erster Stelle die Petitionen über die Winzernot auf der Tagesordnung.

### Marokko-Anfragen.

Die Nationalliberalen haben im Reichstag 3 Anfragen eingebracht, die sich namentlich auf Marokko beziehen. Zunächst wird gefragt, ob der Reichskanzler der Aufhebung der deutschen Post in Marokko, wie sie von dem französischen Ministerpräsidenten in die Wege geleitet werden soll, zustimmen will. Die 2. Anfrage behauptet, daß Frankreich nicht gewillt ist, in Marokko diejenigen öffentlichen Arbeiten, die strategischen und Verteidigungsinteressen oder der militärischen Sicherheit zu dienen bestimmt sind, der durch die Akte von Algiciras und durch das deutsch-französische Abkommen vom 4. November 1911 festgesetzten öffentlichen Subvention zu unterwerfen. Es wird gefragt, ob der Reichskanzler darüber informiert sei, was die französische Regierung unter Arbeiten der genannten Art versteht. Die 3. Frage geht dahin: Ist die nunmehr in Frankreich erfolgte Veröffentlichung zutreffend, wonach sich die beiden Punkte des französisch-spanischen Abkommens, derentwegen die Regierung in Paris angefragt hat, auf den Bahnbau Tanger-Sez und auf die Zollbehandlung des Tabak beziehen? Es wird im Anschluß daran gefragt, ob über den 2. Punkt eine Einigung erzielt worden sei.

### Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Donnerstag, den 5. Dezember.

Der neue Bürgermeister. In der gestrigen Sitzung des Senats wurde Senator Dr. Eschenburg für die Jahre 1913 und 1914 zum Bürgermeister und Präsidenten des Senats gewählt. Bürgermeister Dr. Eschenburg hat bereits mehrmals den Vorsitz im Senate geführt.



**Die Versammlung der Bürgerschaft**, welche am Montag, dem 9. Dezember, abends 6 Uhr stattfindet, hat folgende Tagesordnung zu erledigen: 1. Mitteilungen des Senates; 2. Anträge des Senates: 1. Erlaß eines neuen Gesetzes, betreffend die Gewährung von Entschädigungen an die im städtischen Feuerwehrdienst Erkrankten und Verunglückten sowie an deren Witwen und Waisen; 2. Rückübernahme des Senates vom 12. Oktober 1912 zu dem Beschlusse der Bürgerschaft zum Nachtragsentwurf zu dem Gesetze vom 3. Oktober 1906, betreffend die Erhebung einer Gewerbesteuer von dem Betriebe der Gast- oder Schankwirtschaft sowie des Kleinhandels mit Brautwein oder Spiritus; 3. Gewährung einer Staatsbeihilfe für die Rechnungsjahre 1913 und 1914 an die Jenische Freischule; 4. Bau einer Nebenbahn Travemünde-Rendörff.

Folgende Warnung, die auch der Lübecker Bevölkerung zur Beachtung empfohlen werden kann, erläßt der Berliner Polizeipräsident: In den Zeitungen erscheinen seit längerer Zeit Anzeigen, in denen ein Kropfmittel des Dr. L. Bertram Hawley oder der New York Medical Co. mit marktschreierischer Reklame angepriesen wird. Die amtlichen Ermittlungen haben ergeben, daß Dr. L. B. Hawley der Leiter des in Paris, Rue de l'Esly Nr. 9, befindlichen Zweiggeschäfts der New York Medical Compagnie in Rochester (Staat New York) ist, und daß noch eine Filiale in Mailand, Via Torino Nr. 21, unterhalten wird. Das angepriesene Kropfmittel erscheint für die angebliche Kropfheilung ungeeignet und die sehr kostspielige Behandlung völlig wertlos. In ärztlichen Kreisen sind Heilungen von Kropfleiden durch das Hawley'sche Mittel nicht bekannt geworden. Auch in Frankreich wird das Unternehmen von Fachleuten als schwindelhaftes Kurpfuschergeschäft betrachtet. Vor einer Geschäftsverbindung mit der Firma und dem Bezuge des Mittels wird hiernit gewarnt. — Die Anpreisung des „Kropfmittels“ erfolgt selbstverständlich nur in der bürgerlichen Presse, da die sozialdemokratischen Blätter die Aufnahme derartiger Inserate grundsätzlich ablehnen.

**Die Ortskrankenkasse in Lübeck** hatte am 1. Dezember 1912: 24 434 Mitglieder gegen 23 087 im Jahre 1911. Auf Männer entfielen davon 16 626 (1911 15 788), auf Frauen 7808. (1911: 7901). Erwerbsunfähiger waren am letzten Nov. 1912: Männer 407 (1911: 261) und Frauen 335 (1911: 251). Ausweisheine für Familienangehörige zur Inanspruchnahme ärztlicher Behandlung wurden im Nov. 1910 (1911: 2293) erteilt. Sterbegeld wurde im Nov. für Mitglieder in 14 Fällen, für Angehörige in 37 Fällen gezahlt. Übertretungen erwerbsunfähiger Mitglieder gegen die sühnsmäßigen Verhaltensvorschriften waren in 25 Fällen mit Strafe zu belegen. Wegen verspäteter Meldung zur freiwilligen Fortsetzung der Mitgliedschaft im Anschluß an die beendete versicherungspflichtige Beschäftigung haben im Nov. 11 Abweigerungen erfolgen müssen. Die freiwilligen Klassenbeiträge müssen Mittwochs und Donnerstags pünktlich in den Vormittagsstunden entrichtet werden.

**b. Schöffengericht am 5. Dezember.** Wer Druckschriften verkaufen will, muß außer einem Wandergewerbeschein auch ein Druckschriftenverzeichnis bei sich führen. Beides fehlte dem Arbeiter K., der den Reisekoffer, Hauskoffer und andere Koffer an den Mann zu bringen suchte. Bei seinem fahrenden Gewerbe wurde er von einem Hunde gebissen und als der herbeigerufene Schutzmann nicht sofort dem Rufe des Angeklagten folgte, bestichtete er diesen, mit dem Wirte unter einer Decke zu stehen. Das Vergehen gegen die Reichsgewerbeordnung wird mit 15 Mark bestraft und die Schutzmannsbeleidigung mit einem Monat Gefängnis. — Eine Anzahl „Monarchen“ belagerten den Landweg nach Dvordorf. Einem vorbeikommenden Handelsmann hielten sie um Brot an; da er dieses nicht mitführte, gab der „Arbeiter“ S. aus Danzig vor, Kautabak kaufen zu wollen. Er riß ihm diesen aus der Hand, bezahlte statt mit Geld mit gemeinen Schimpfworten und rannte davon. Er erhält zehn Tage Haft und für den Widerstand, den er dem Schutzmann bei der Verhaftung leistete, 1 Monat Gefängnis. — Die Aneiptour der Tänzerinnen. Fünf junge Mädchen, zum Teil kaum der Schule entwachsen, streiften die verschiedensten Tanzlokale ab. Zahlungslustige Herren scheinen sich nicht eingekunden zu haben oder deren Portemonnaie war zusammengeschrumpft, denn die Mädchen mußten ihre eigenen Kapitalien angreifen, um die Lebensgeister zu entfachen und den Durst zu löschen. Mit dem Geld sah es mau aus. Nur eine ragte stolz über alle andern hinaus, sie trug in der unermesslichen Handtasche ein Beutelschen mit 7 Mk. Inhalt. Schon im „Bodenhof“ juckten diese sieben Meter die Angeklagten. Gegen Morgen kamen die fünf Girls in ein Café, gossen sich zum Vergnügen gegenseitig die Brause ins Gesicht — sie waren nach Angabe der einen nicht mehr so betrunken wie vorher — und bespiegelten ihre Gesichter in der Toilette. Als die „reichste“ das geheimnisvolle Türchen hinter sich schloß, machten sich D. und B. an das Handtäschchen und holten Geld heraus. D. soll über eine Mark herausgeholt haben, während die Kollegin bestreitet, das Portemonnaie überhaupt in der Hand gehabt zu haben. Mit einer Woche Gefängnis muß D. und mit 10 Tagen die ganz „Anschuldige“ den Leichtsinn büßen.

**b. Vorsicht bei Ausstellung von Verträgen.** Wie wohl überlegt die Worte bei Verträgen sein müssen, zeigte eine Verhandlung gegen den Maurermeister B. vor dem Schöffengericht, der wegen Betrug angeklagt war. Er hatte s. Zt. an der Heilanstalt Strednitz den Bau von Maschinenhaus und Waschküche übernommen und mußte dafür 965 Mark Kaution bei der städtischen Baukasse hinterlegen. Von dieser Arbeit trat B. das Maschinenhaus an die Maurermeister No. und No. ab, die ihm 400 Mark zur Kautionshinterlegung vorstießen. B. hatte bei Ausfertigung des Vertrags die Kaution mit Wechselbürgschaft seines Vaters durch die Gewerbehank hinterlegt. Das wußten die Geldgeber nicht; sie nahmen vielmehr an, B. wolle mit dem Gelde die Kaution bezahlen. Das tat er nicht, sondern verwandte die Summe für sich. Hätten die Geldgeber gewußt, daß B. eine Kaution auf Wechsel leistete, würden sie ihm auf hinterlegtes Papier kein bares Geld gegeben haben. Hinter der Verschleierung dieser Tatsache erliden die Geschädigten — denn mit B. ging's allmählich schief — die Absicht des Betruges, den sie mit Hilfe eines ausgefickelten Vertrags beweisen wollen. Dieser Vertrag reißt aber gerade den Angeklagten heraus. Obwohl das Geld für die hinterlegende Kaution verwendet worden sollte, zeigte der Vertrag auf die hinterlegte Summe hin. Durch diesen kleinen Buchstabenunterschied wird die falsche Vorspiegelung außer Beweiskraft gesetzt, er verhilft dem Angeklagten zum Freispruch. Nach dem zugrunde gelegten Vertrage, über den sich alle drei kaum richtig klar gewesen seien, habe B. das Geld für sich verwenden können. Es liege nur ein Irrtum vor, ob die Kaution in barem Geld oder Papier hinterlegt gewesen sei. Dieser Irrtum sei gegenseitig möglich gewesen. Die 400 Mark wurden vertraglich rückzahlbar zu einer Zeit festgelegt, als der Angeklagte noch in guten Vermögensverhältnissen stand.

**In Differenzen mit dem Unternehmer** gerieten die Arbeiter der Firma Siemens- und Schuckert-Werke, welche in der Nähe von Hankfelde Wästen aufzurichten hatten und dafür, daß sie jeden Tag etwa zwei Stunden Wegs von Lübeck nach Hankfelde zurücklegen mußten, eine Vergütung von einem Stundenlohn pro Tag

oder freie Bahnfahrt forderten. Der Monteur, dem dieser Wunsch vorgetragen wurde, gab zur Antwort, daß die Wästenpause, die bisher eine Stunde dauerte, um eine Viertelstunde verkürzt werden sollte, ein Anerbieten, das wie ein Hohn auf das gestellte, gewiß nicht unberechtigte Verlangen klinge. Darum schied ein Teil der Arbeiter sofort aus. Der Ingenieur titulierte die Leute auch als „faule Blase“ usw., und als ein junger Arbeiter einmal einen Fehler machte, sagte der Ingenieur zu den andern: „Schlagen Sie den Kerl in die Freie“. Das ist eine so ungehörige Behandlung, die schärfsten Widerspruch erfordert. Das Verbandszeug, welches von der Firma gehalten wird, ist unzureichend und wird in einem Kasten aufbewahrt, der nicht wasserdicht ist und bei der feuchten Witterung auseinanderfällt. Die Firma meint munder etwas zu tun, wenn die Arbeiter immer 10 Stunden bezahlt erhalten. Daß die Leute aber zwei und später drei Stunden moragns und abends laufen müssen, also tatsächlich 16 Stunden Dienst haben. Infolge der Mißstände haben nun am Dienstag 6 Mann und am Mittwoch 8 Mann aufgehört, sodas beim Aufrichten der Wästen nur noch einige jugendliche Arbeiter tätig sind. Das ist auch kein Wunder, wenn man bedenkt, daß obendrein bei jeder Gelegenheit gesagt wird: „Paßt es Ihnen nicht, so können Sie ja aufhatten; es kommen Leute genug.“ Darin irrt man sich aber, denn auch ein Arbeiter von Keinseld macht sofort kehrt, als er von den dort herrschenden Zuständen erfährt. Der Stundenlohn beträgt nur 45 Pfg. Bei Regenwetter ist nicht einmal für Unterfund der Arbeiter gesorgt, denn zum Heranholen des Bettes ist keine Zeit übrig. Und dann mußten die Leute beim Regen aufsehen, was für sie die Einbuße eines Tagesverdienstes bedeutete. Wenn diese Zeilen dazu beitragen, die geschilderten Mißstände zu beseitigen und für die in Betracht kommenden Arbeiter befriedigende Verhältnisse zu schaffen, so ist ihr Zweck erfüllt.

**Der Turnhallen-Bauverein** hält morgen abend im Gewerkschaftshaus seine Generalversammlung ab. Da wichtige Gegenstände, u. a. Grundstücksverkauf, auf der Tagesordnung stehen, ist das vollzählige Erscheinen der Mitglieder notwendig.

**Genossenschaftsregister.** In das Genossenschaftsregister wurde das Statut der Fischer-Einkaufsgenossenschaft, eingetragene Genossenschaft mit unbeschränkter Haftpflicht zu Lübeck vom 21. November 1912 eingetragen. Gegenstand des Unternehmens ist: Der Einkauf von sämtlichen Fischereibedarfsartikeln auf gemeinsamer Rechnung. Die Willenserklärung und Zeichnung für die Genossenschaft muß durch zwei Vorstandsmitglieder erfolgen, wenn sie Dritten gegenüber Rechtsverbindlichkeit haben soll. Die Zeichnung geschieht in der Weise, daß die Zeichnenden zu der Firma der Genossenschaft ihre Namensunterschrift beifügen. Die Bekanntmachungen der Genossenschaft erfolgen unter der Firma der Genossenschaft, gezeichnet von zwei Vorstandsmitgliedern im laudm. Wochenblatt für Schleswig-Polstein in Kiel. Das Geschäftsjahr läuft vom 1. Januar bis 31. Dezember. Dem Vorstand gehören an: Carl Heinrich Doje, Fischer, Travemünde, Johann Kaspar Lindenberg, Loffenkommandeur, Travemünde und Hans Johannsen, Fischer, Travemünde.

**pb. Verschwundene Handtasse.** An der Untertrasse, in der Nähe des Travemündepavillons, ist eine grüngestrichene Handtasse, die den Namen des Eigentümers „Franz L. Wollert, Wafenstraße 21“ trägt, abhanden gekommen. Dieselbe dürfte von einem Unbekannten benutzt und irgendwo hingestellt sein.

**pb. Ein Opfer der Diebstahl?** In der Israelsdorfer Allee ist am 2. d. Mts. nachmittags gegen 5 Uhr ein schwarzer Pudel abhanden gekommen und vermutlich gestohlen worden. Das mittelgroße Tier ist halb geohren, an den Füßen sind beim Scheren sogenannte Manschetten stehen geblieben.

**pb. Diebstahl.** Aus einem an der Hausstraße gelegenen Neubau wurde eine 7,65 Meter lange und 20 Ztm. breite Bleieinfassung gestohlen. — Einem Engelswäsk wohnenden Kaufmann wurde gestern in seinem Laden ein Pincenez mit Doublee-Einfassung gestohlen. Das rechtsseitige Glas ist ein sogenanntes Starglas.

**Die Öffentliche Trinkerfürsorgestelle Lübeck (Parade 1)** hat ihre nächste Sprechstunde am Freitag, dem 6. d. M., abends 6-7 Uhr.

**„Hinter Mauern“** betitelt sich der große Bühnenschlager dieses Jahres, welcher, wie uns geschrieben wird, uns in Lübeck durch ein hervorragendes Berliner Caspiel-Ensemble dieser Tage bekannt gemacht werden soll. Der bekannte Verlag Deisterheld & Co. in Berlin hat dieses von ihm herausgegebene Werk Herrn Direktor Feldhufen für einige Auführungen in der Stadtthalle überlassen und gleichzeitig die trefflichen Künstler zur Verfügung gestellt, die das sie gegewohnte Schauspiel auch hier zu Erfolg führen wollen.

**Neues Stadttheater.** Aus der Kancelle wird uns geschrieben: Von Walter Harlan's dionysischem Schwanz „Der Fahrmarkt in Pulsnik“ wird morgen die zweite Aufführung sein. Es ist bekannt, daß Dr. W. Harlan mit diesem lustigen Stück versucht hat, dem Schwanz einmal eine höhere, künstlerische Wertung zu verschaffen. Die erste Aufführung hat auch hier gezeigt, wie trefflich ihm seine Absicht geglückt ist. „Die Wallenstein-Trilogie“, die am letzten Sonntag mit Rob. Nihil als Gast gegeben wurde, soll nunmehr auch in zwei Aufführungen geteilt gegeben werden. Die Aufführung des ersten Teiles, der das Lager und die Piccolomini umfaßt, soll jetzt schon am Sonnabend bei kleinen Preisen sein. Die Oper bereitet u. a. Wolf-Ferraris neueste Schöpfung „Der Schmud der Madonna“ vor, ein Werk, dessen Aufführung mit einem ganz besonderen Interesse entgegengekehren werden darf. Abgeschlossen werden jetzt die Proben für Richard Wagners „Tannhäuser“. Die Neueinführung wird am kommenden Sonntag mit Frau Tilly Schmuld und den Herren Schöffel und de Garmo in den Hauptpartien in Szene gehen. Auf die erwähnte Vorstellung sei besonders hingewiesen.

**Hamburg.** Der beleidigte Hamburger Raibdirektor. Im September v. J. beschwerten sich angeblich einige Kranführer bei dem Raibdirektor Winter darüber, daß sie bei der Arbeit von den organisierten Arbeitern belästigt würden. Der Direktor Winter ließ darauf die Kranführer Frank und Rossing kommen, die Mitglieder des Arbeiterausschusses waren, um ihnen wegen der „Belästigung“ eine Verwarnung zu erteilen. Weiter soll der Direktor Winter gesagt haben, daß, falls in Zukunft auch nur die geringste Beschwerde über sie einlaufe, er die organisierten Arbeiter ohne weiteres entlassen würde. Rossing sagte gleich zu Winter, daß jedenfalls der Kranführer Löwenstein — ein mehrfaches und schwer wegen Eigentumsvergehens mit Zuchthaus vorbestrafter Mensch — in unge-rechtfertigter Weise die Beschwerde überbracht habe. Die gehabte Unterredung erzählten die beiden Kranführer dem Geschäftsführer des Staatsarbeiterversandes, dem Genossen Schönberg und baten ihn, für sie einzutreten. Schönberg schickte darauf am 26. Oktober v. J. an die Deputation für Handel, Schifffahrt und Gewerbe eine Beschwerde, die zwar nicht beantwortet wurde, aber zur Entlassung der beiden Kranführer führte, da sie dem Verbandssekretär Schönberg

Unwahrhaftig aus der Unterredung mit dem Herrn Direktor mitgeteilt haben sollen. Genosse Schönberg hatte nämlich in der Beschwerdeschrift die Unterredung der beiden Kranführer mit Winter wiedergegeben und geschrieben: „Ueber seine Absicht im allgemeinen erklärte Winter: „Sie verlangen von mir wohl gar noch Neutralität? Das gibts ja gar nicht! Sie sind eine Partei, die den Staat und alle Ordnung umstürzen will. Ich bin aber der Vertreter des Staates und halte es deshalb mit den Leuten, die darauf ausgehen, sie zu bekämpfen. Und diese Arbeiter im Raibetriebe werde ich mit allen Mitteln unterstützen, damit ihre Verbindung unterdrückt wird. Ich gebe ja zu, daß ich die Arbeiterbewegung nicht aufhalten kann. Aber hier im Raibetrieb, wo ich die Macht in Händen habe, werde ich sie mit den schärfsten Mitteln bekämpfen, so lange ich lebe. Und ich werde vor keinem Mittel zurückzusehen! Sie können mich ja nun in der Öffentlichkeit mit Schmutz bewerfen. Darüber lache ich. Es freut mich sogar.“ Rossing sagte unter anderem: „Herr Direktor! Mir scheint, den Löwenstein haben sie wieder eingestelt, damit er uns beschimpfen soll.“ Hierzu schwieg Herr Winter. Aber nicht nur die Wiedergabe des angeführten Gesprächs, sondern auch andere Stellen der Beschwerde sollen beleidigend für Raibdirektor Winter sein. Da Schönberg auf diese Eingabe keine Antwort erhielt, sondern die beiden Arbeiter noch entlassen wurden, veröffentlichte er im Sprechsaal der Nr. 299 des „Hamburger Echo“ vom 22. Dezember 1911 einen längeren Artikel, der ebenfalls verschiedene beleidigende Stellen enthalten soll. Vor der Straf-kammer VI des Landgerichts in Hamburg hatten sich daher der Gewerkschaftsführer Schönberg vom Staatsarbeiterversand, der Redakteur Ernst Köpke vom „Hamburger Echo“, und der frühere Kranführer Rossing wegen Beleidigung des Raibdirektors Winter zu verantworten. In der Beweisaufnahme gelang es den Verteidigern Dr. Herz und Dr. Blich, im wesentlichen den Wahrheitsbeweis zu erbringen. Der Staatsanwalt stand auf dem Standpunkte, daß Rossing über Winter falsche Tatsachen behauptet und Schönberg die Äußerungen in tendenzvoller und geschäftiger Weise in der Eingabe und in dem Artikel verwendet habe. Der Angeklagte Köpke hätte wissen müssen, daß der Artikel beleidigend sei. Er beantragte für Rossing 300 Mark Geldstrafe, für Schönberg 5 Monate und für Köpke 2 Monate Gefängnis. Das Urteil lautet wie folgt: Schönberg zu 4 Monaten, Köpke zu 2 Monaten und Rossing zu 200 Mark Geldstrafe verurteilt. Gegen das Urteil ist Revision eingelegt worden.

**Hamburg.** Erfroren aufgefunden wurde in der Feldmark Thelstorf der 86jährige Rentenempfänger Westermann aus Holm. W. war Sonnabend mittag nach Buchholz gegangen, um sich dort Rentenauszahlungen zu holen. In Buchholz soll er dann viel Alkohol getrunken haben, und abends hat er sich beim Heimgehen gewiß verirrt. In der Nähe des Weges von Buchholz nach Holm fand man ihn auf einer Wiese liegen. Er hatte seinen Rock ausgezogen und als Kopfkissen benutzt.

**Schwerin.** Der mecklenburgische Landtag und die städtischen Lehrer. Die Lehrerbildung in Mecklenburg ist bekanntlich außerordentlich schlecht. Am fühlbarsten wird das Elend der Gehälter in den Städten, die nur 1000-2000 Mark oder etwas mehr für ihre Lehrer verausgaben. Das Endgehalt der Lehrer in den Kleinstädten verhält sich zum Endgehalt der mittleren Beamten beim Amt und Gericht wie 50 : 100, zum Endgehalt der Oberlehrer wie 28 : 100. Es ist unmöglich, daß eine Lehrerfamilie in dieser Zeit mit diesem kärglichen Gehalt auskommen kann. Der städtische Lehrer muß durch Nebengeschäfte aller Art etwas dazu verdienen und dabei seine Kräfte vor der Zeit aufreiben und die Schule vernachlässigen. Die mecklenburgischen Städte besitzen ihre Lehrer selbst und erhalten keine Staatszuschüsse. Infolgedessen ist die Buntfarbigkeit entstanden, wie sie sich sonst nirgends im Deutschen Reich findet. Es ist fraglos richtig, daß manche Städte an der Grenze ihrer Leistungsfähigkeit angekommen sind. Aber da könnte und müßte doch der Staat eintreten. Und der Staat will auch. Aber als vor zwei Jahren die Regierung die Alterszulagen der städtischen Lehrer auf die Landessteuerkasse übernehmen wollte, lehnten die Städte — in diesem Falle die Bürgermeister — dies ab aus Furcht vor der hinter der Bewilligung von Staatsmitteln lauerten Verstaatlichung des Schulwesens und wegen der angeblich nicht zu vermeidenden Ungerechtigkeiten bei der Verteilung der Mittel an die Kommunen. Die Städte wollen nicht ein Tütelchen ihrer Rechte aufgeben, lieber lassen sie ihr Schulwesen verkümmern. Solange dieser Landtag besteht, haben die städtischen Lehrer keine durchgreifende Besserung ihrer wirtschaftlichen Lage zu erhoffen. Nur eine Verfassungsänderung kann auch ihnen helfen.

**Literarisches.** Strauß und Tornow, Zulu von: Aus der Chronik niederdeutscher Städte. (138 S.) 8°, 1912. Franck'sche Verlags-handlung, Stuttgart. Geb. 2 Mk., geb. in Lieb.-Bd. 3,50 Mark. Den Stoffkreis zu diesem Buche hat sich die bekannte Dichterin diesmal aus den Archiven der Städte ihrer engeren Heimat geholt. Lüneburg, Braunshweig, Hildesheim, Lübeck, Halberstadt, Celle, Göttingen, Minden steigen aus dem Dunkel der Geschichte hervor. Herorstechende Kapitel aus der Ruhmes- und Leidensgeschichte dieser Städte sind herausgegriffen und zu kulturhistorischen Bildern von packender, hinreißender Macht geformt worden. Alle die großen Epochen deutscher Geschichte, der Ständekampf, die Reformation, die Macht der Hanse, dreißigjähriger und siebenjähriger Krieg ziehen an uns vorüber und lassen von neuem erkennen, wie unruhig und sturmbewegt und mehr von Unruhe und Not als von Glanz und Ruhm erfüllt die Geschichte dieser Städte gewesen ist. Jeder, der auch nur einigermassen an der Geschichte seines Volkes hat, nehme dieses Buch zur Hand. Dem für Niederdeutschland interessierten Geschichtsfreund aber ist dies Werk, das schon äußerlich recht vornehm aus-sieht und mit einem charakteristischen Titelbild geschmückt ist, dank seines Hintergrundes ganz besonders zu empfehlen.

**Briefkasten.** Zwei Streitende. Wenn ein junger Mann ins Ausland gehen will, ohne seiner Militärlastpflicht genügt zu haben oder vom Militärdienst befreit zu sein, so ist dazu die behördliche Genehmigung notwendig. Wer ohne diese Genehmigung im Ausland verbleibt und sich auch dort nicht seiner Gefellungspflicht unterzieht, der macht sich strafbar. Im Falle, daß er nach Deutschland — wenn auch nur besuchsweise — zurückkehrt, kann er sofort verhaftet, mit Strafe belegt und zum Nachdienen gezwungen werden. **Waisling.** Jeder Abonnent des „Lübecker Volksboten“ kann von dem Austräger resp. der Austrägerin unseres Blattes verlangen, daß ihm seine Zeitung in die Wohnung getragen wird, sofern die Tür nicht verschlossen ist. Im Falle das nicht geschieht, oder wenn Ihnen das Blatt in beschmutztem Zustande übermittelt wird, wenden Sie sich bei-schwerdesührend an unsere Expedition. **Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“** und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwigt, für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stelling. **Verleger:** Th. Schömann, Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.







## Ein politischer Umschwung.

Aus Württemberg wird geschrieben: Während die reichspolitischen Kämpfe seit dem Tag, an dem der 500-Millionen-Raub am arbeitenden Volke beschlossen wurde, eine fortwährende Verschiebung der Machtverhältnisse im Reichstag zum Nachteil der schwarzblauen Rechten herbeiführten, geht in Württemberg die Entwicklung den umgekehrten Gang. Es muß offen ausgesprochen werden, daß der am letzten Freitag vollzogene zweite Wahlgang der Linken eine bittere Enttäuschung bereitet hat. Das Zentrum wird im nächsten Landtag eine weit einflussreichere Stellung einnehmen als bisher. In den letzten 6 Jahren verfügte das Zentrum mit seinen bündlerischen Trabanten über 40 Mann in dem aus 92 Mitgliedern bestehenden Landtag. Im nächsten Landtag zählt die vereinigte Rechte auf jeden Fall 45, vielleicht sogar 46 Mitglieder. Das führende Zentrumsblatt Württembergs triumphiert, die Wahl habe den „Zusammenbruch der Herrschaft der Hausmannpartei“ gebracht, schon jetzt könne gesagt werden, „daß es mit den feinen Plänen der Volkspartei und der Sozialdemokratie in bezug auf die Schulfrage und die Trennung von Kirche und Staat nichts sein wird, daß die beiden Parteien diese Pläne in die Ränderammer hängen können“.

Zwar sind die Landtagswahlen noch nicht vollständig abgeschlossen, am 18. Dezember finden noch die sogenannten Landesproporzahlen statt, bei denen von der Wählerchaft des ganzen Landes, getrennt in zwei Wahlkreise, 17 Abgeordnete im Wege der Verhältniswahl zu wählen sind. Da aber die Verteilung dieser Mandate auf die Parteien sich nach dem Maßstab der im ersten Wahlgang abgegebenen Stimmen ungefähr berechnen läßt und hiernach eine Veränderung im bisherigen Anteil der Parteien an diesen 17 Mandaten nicht wahrscheinlich ist, kann man sich jetzt schon ein Bild von der zukünftigen Zusammensetzung des Landtags machen. Es erhielten Mandate, bezw. werden erhalten:

	Hauptwahl	Nachwahl	Landesproporz	Zusammen	Alte Stärke
Sozialdemokratie	10	3	4	17	16
Volkspartei	7	8	4	19	23
Nationalliberale	4	5	2	11	13
Zentrum	19	2	4	25	25
Konservative	11	6	3	20	15

Den Hauptgewinn tragen also die Konservativen, deren Geschäfte in Württemberg der Bund der Landwirte besorgt, davon, die Geschlagenen sind die beiden Liberalen Parteien, die zusammen sechs Mandate einbüßen. Konnten bisher in manchen Fragen der Schul- und allgemeinen Kulturpolitik von der sogenannten Linken mit Einschluß der Nationalliberalen Mehrheiten von 50 Stimmen gegen 40 der Rechten gebildet werden, so steht künftig die Entscheidung in solchen Fragen zahlenmäßig „auf Spitz und Knopf“, tatsächlich wird in der Regel die Rechte die Mehrheit bilden, denn unter den im ganzen viel stärker als in Baden und in Bayern nach rechts neigenden Nationalliberalen befinden sich einige Elemente, die den Konservativen sehr nahe verwandt und obendrein mit ihren Mandaten von denselben abhängig sind.

Die innere Zwiespältigkeit der Nationalliberalen offenbarte sich im zweiten Wahlgang mit aller Deutlichkeit. Trotz des im ersten Wahlgang mit der Volks-

partei getroffenen Abkommens sagten sie sich in verschiedenen Bezirken von der Volkspartei los und kehrten zu ihrer alten Liebe, den bündlerischen Konservativen zurück. Gegen die Mißhandlungen, die ihnen von den Angebeteten widerfahren, wandten sie sich dann hilfesuchend an die Sozialdemokratie, suchen aber hinterdrein die jammerwürdige Rolle, in der sie sich befinden, durch dreistes Leugnen abzuschütteln.

Die Sozialdemokratie hatte in ihrem Vortritt zu kämpfen mit den Schwierigkeiten, die ihr aus den eigenen Parteidifferenzen erwachsen. Der Stimmenzuwachs von 28 000, der im ersten Wahlgang erzielt wurde, war gewiß erfreulich, aber er wäre größer gewesen, wenn nicht besonders in den vom Parteistreit erfassten Gebieten Verlangsamung des Aufschwungs, Stillstand und sogar Rückgang eingetreten wären. Auch drei bis vier Mandate würden wir ohne die Schädigungen aus den eigenen Reihen mehr eingestimmt haben. Auf keinen Fall wäre uns bei geordneten Parteiverhältnissen der industrialisierte Bezirk Göppingen verloren gegangen, den Dr. Lindemann vor 6 Jahren im schärfsten Kampfe aus eigener Kraft mit 5442 gegen 5364 Stimmen behauptete, während er am Freitag trotz unserer riesenhaften Anstrengungen den Nationalliberalen mit 6785 Stimmen gegen 5153 sozialdemokratische Stimmen zufiel. Gewiß ist von einem Teil ehemaliger Parteimitglieder in unverantwortlicher Weise gegen unsere Kandidatur gekämpft worden, aber es wäre ungerecht, kurzfristig und würde auch der notwendigen Gesundung nicht dienen, wenn man verschweigen wollte, daß auch die führenden Parteikreise Göppingsens monatelang schwere Fehler begangen haben. Der Fall steht glücklicherweise einzeln da in der Parteigeschichte, daß ein neugegründetes Parteiblatt in 2jähriger Wirksamkeit der Gesamtpartei Opfer von weit über 100 000 Mark auferlegt, daß im selben Maße wie in Göppingen das lokale Parteileben zerrüttet wird, daß auch der Parteistreit der Nichtgewinn des Reichstagsmandats verschuldet und das seit 12 Jahren in unserem Besitz befindliche Landtagsmandat den Gegnern in die Hände gespielt wird. Es bleibt nur zu hoffen, daß die neuerliche Haltung der „Freien Volkszeitung“ in Bälde zu erträglichen Zuständen führt. Die zwei weiteren Verluste, die wir erlitten, beruhen auf andern Ursachen. Das im ersten Wahlgang uns schon entrißene Wetzlar war uns vor 2 Jahren durch einen Zufallsstich zugefallen, Neuenbürg, wo am Freitag Genosse Wasner dem nationalliberalen Kandidaten unterlag, war 1906 mit schwacher relativer Mehrheit erobert worden. Da jetzt alle bürgerlichen Parteien gegen uns zusammengingen, konnte der Bezirk trotz des erfreulichen Stimmengewinns von 700 nicht gehalten werden. Diesen drei Verlusten stehen vier Gewinne gegenüber: Eßlingen und Maulbronn, die im ersten Wahlgang geholt wurden, Heidenheim und Schorndorf, die am Freitag hinzukamen. Heidenheim hat die Scharte des Stimmenstillstands im zweiten Wahlgang glänzend ausgeweitet, Schorndorf verdanken wir den lokalen Zermürnungen im Lager der Volkspartei. Im heftigsten Kampfe gegen alle bürgerlichen Parteien wurde mit der knappen Mehrheit von 24 Stimmen Reutlingen-Amt gehalten, wo unser Sieg von 1906 auf ebenbürtiger Grundlage beruhte wie in Neuenbürg. Die wahrscheinliche Stärke unserer Fraktion steht im traurigen Mißverhältnis zu unserer Stimmenzahl. Um zirka 10 Mandate wird die Partei

durch die ungerechte Wahlbezirkseinteilung betrogen. Dieses Unrecht überträgt sich naturgemäß auf die Mehrheitsbildung im Landtag. Bei einer proportionalen Verteilung der einzelnen Parteien wäre es ganz ausgeschlossen, daß die Rechte zu einer gefährlichen Macht würde, denn auf die Kandidaten des Zentrums und der Konservativen fielen im ersten Wahlgang nur 155 000 Stimmen gegen 250 000 Stimmen der übrigen Parteien.

Abgesehen von den für unsere Partei im besonderen geltenden Hemmungserscheinungen haben natürlich noch allgemeine politische Ursachen zu dem ungünstigen Gesamtergebnis beigetragen. Es war ein echter Schwabenstreich, daß die volksparteilichen Führer Bayer und Hausmann die Begeisterung der Wähler glaubten wecken zu können mit der Versicherung, alle großen Aufgaben seien gelöst, es ständen so wenig wichtige Aufgaben bevor, daß es an einer Wahlpause fehle. Noch verfehlter war ihr Bündnis mit den Nationalliberalen, die fühlen müssen, wenn sie nicht hören wollen. Nur durch Züchtigung, nicht durch Liebkoßung kann diese Sorte Politiker vielleicht noch zur Reue gebracht werden. Wenn die Nationalliberalen, die das neue Volksschulgesetz mit schaffen halfen, demselben Bündelrum zu Gefallen sind, das in schamlos demagogischer Art die Bauern gegen die kleine Vermehrung des Aufwandes für Volksschulzwecke aufhebt, wenn sie auch nicht den kleinsten Rest liberaler Gesinnung gegenüber dem ganz nach ostelbischen Rezepten betriebenen agrarischen Schwindel mehr gerettet haben, so müssen sie eben in drei Teufels Namen ihrem Schicksal überlassen bleiben. Der vollständig unklaren und unentschiedenen Haltung der Volkspartei ist es auch geschuldet, daß das volksparteilich-sozialdemokratische Teilabkommen von den Wählern in vier Bezirken nicht vollzogen wurde. In Oberndorf siegte das Zentrum, in Backnang der Bauernbund gegen die von uns unterstützten volksparteilichen, in Leonberg und Waiblingen der Bauernbund gegen die von der Volkspartei unterstützten sozialdemokratischen Kandidaten. In Brackenheim kamen auch die Nationalliberalen gegen die Bündler nicht mehr auf.

Die Folge dieses Wahlergebnisses wird sein, daß die parlamentarischen Kämpfe sich verschärfen. Auf alle Fälle beginnt jetzt ein lebhafter Tanz zwischen der Sozialdemokratie und der schwarzblauen Rechten. Die Nationalliberalen verdienen dabei keine Schonung, es geschähe denn das Wunder, daß sie endlich Farbe bekennen gegen rechts. Unser Verhältnis zu der Volkspartei wird davon abhängen, welche Konsequenzen die letztere aus der eintretenden Wandlung zieht.

## Ausnahmegeetze in Ungarn.

Dem ungarischen Parlament sind drei neue Gesetzentwürfe vorgelegt worden, die sich in ähnlicher Richtung bewegen, wie die österreichischen Kriegsgeetze. Etwas besonders allerdings muß Ungarn voraus haben: Es befindet sich darunter ein Gesetz mit dem harmlosen Titel „Ausnahmeverfügungen des Kriegsfall betreffend“, das die ungeheuerlichsten reaktionären Maßregeln in das Belieben der Regierung stellt. Alle Gebiete der Verwaltung können unter dem Vorwande eines solchen Ausnahmezustandes diktatorisch und ohne alle Rechtsgarantien zu Vorstößen gegen das Volk benutzt werden; alle verfassungsmäßigen Freiheiten und Rechte können aufgehoben, die Pressefreiheit, Vereins- und Versammlungstätig-

## Das Ende vom Lied.

Sozialer Roman von Wilhelm Klos.

(6. Fortsetzung.)

(Nachdruck verboten.)

„Ich dachte mir gleich, daß Du ein wenig aufbegehren müdest.“ sagte der Meister. „Aber nun gib Dich darein. Ich mach' einen tüchtigen Gesellen aus ihm, und wo ihrer drei satt werden, da werden auch vier satt.“ Da wir keinen Sohn haben —

„So“, schrie das Weib, „weil wir keinen Sohn haben, wird die Brut von einem verfluchten Dorfschneider aufgezogen und mir nichts, dir nichts ins Haus gebracht!“

Ich erzitterte; diese Sprache war ja auch nicht anders, als die da draußen bei den Bauern in Winkel, und da hing sich auch Liese, des Meisters Tochterlein, an den Rock ihrer Mamma und sah mich geringschuldig von oben bis unten an. Liese war eben in meinem Alter. Selten hatte ich ein so abstoßendes Geschöpf gesehen. Ihre schielenden grünlichen Augen glühten denen einer zornigen Katze; sie war falsch, boshaft und hoffärtig, das hatte ich in der Folgezeit zu verkühen.

Der Meister nahm nun gegen seine Frau einen entschiedenen Ton an, den sie offenbar nicht gewohnt war. Sie gab nach und schwieg. Aber der giftige und gefäßige Blick, den sie mir am ersten Tage zuwarf, ließ mir keinen Zweifel darüber, daß ich werde von ihr viel zu leiden haben.

Nach einigen Tagen kam der Vater, um Abschied zu nehmen. Er ging nach Amerika, und wir haben nichts mehr von ihm gehört. Die Geschwister wurden von der Dorfgemeinde in einem fernab gelegenen Waisenhaus, einer frommen Stiftung, gegen geringes Entgelt untergebracht.

Da war ich nun unter den fremden Leuten ganz allein, und wenn ich eine Heimat gehabt, so wäre mir auch das Heimweh gekommen. Aber nach Winkel hatte ich das Heimweh nicht; nur einmal im Jahre, am Allerseelentag, ging ich hinaus, um das Grab meiner Mutter zu besuchen. Ich legte dann einen Kranz neben das schlichte Holzkreuz nieder und ging wieder, ohne mit einem der Bauern von Winkel auch nur ein Wort zu sprechen. Wenn sie mich anredeten oder verhöhten, so tat ich, als achtete ich gar nicht darauf.

Bei Meister Hellwig hätte ich es wohl gut gehabt, wenn ich nur mit dem Meister zu tun gehabt hätte. Allein der konnte sich nur wenig um mich kümmern; sein Geschäft nahm ihn ganz und gar in Anspruch und er hatte auch viel draußen auf dem Lande zu besorgen und einzurichten, so daß er manchmal drei und vier Tage wegblieb. Da war ich denn ganz der Meisterin überlassen, und die ließ es mich fühlen, daß sie

mich als Eindringling und überflüssigen Brotesesser ansah. Ich mußte alle groben Arbeiten tun, Haus und Hof kehren, scheuern, putzen und fegen, und wenn ich hätte kochen können, so hätte sie mir auch die Küche übertragen. Ich mußte dem Meister und den Gesellen die Stiefel putzen und die Kleider reinigen, kurz so ziemlich alles tun, was sonst einer Hausmagd zufällt. Das wäre an und für sich nicht schlimm gewesen, allein ich sollte auch meine Schularbeiten machen, und es wollte dann beim besten Willen manchmal die Zeit nicht reichen. Und doch mußte ich aufpassen, denn die Meisterin machte strenge über mich und bei dem geringsten Versehen oder der kleinsten Bergeßlichkeit ward ich gescholten oder geknufft und gepufft, daß es eine Art hatte. Die Liese, die von ihrer Mutter in unglücklichster Weise verhätschelt wurde, mußte ich bedienen wie eine Prinzessin, und oftmals, wenn ich ihr die Schürstiefel nicht schnell genug auf- oder zunesteln konnte, ließ sie mich mit dem Fuß und rief: „Nach vorwärts, Dorfschneidershub!“ Zuweilen rief sie mich an den Haaren oder zerrte mich an den Ohren, wenn ich ungehört dabei war, die Hefel an ihren Kleidern auf- oder zuzumachen, und ich mußte es mir ruhig gefallen lassen, denn bei der Meisterin bekam ich gegen die Liese selbstverständlich niemals Recht. Im Essen ward ich knapp gehalten; desto mehr Moralpredigten der Frau Meisterin, die alle angingen: „Wenn man nichts hat!“ mußte ich hinabwürgen. Auch blieb mir keine Zeit, mich mit anderen Knaben draußen im Grünen und in der frischen Luft zu tummeln; faum war die Schule aus, so mußte ich daheim an die Arbeit oder mich den Launen der Liese anbequemen, die mich wohl für eine Art Haustier ansah.

Dabei war ich doch so lern- und lusbegierig und der Meister hatte auf dem Boden allerlei alte Bücher stehen. Darunter war die Geschichte von Robinson und andere schöne Sachen. Ich tat mir hier und da ein Lichtstumpfen auf die Seite und las des Abends noch lange, bis mir die Augen zufielen. Auch die Märchen von Tausend und Eine Nacht fand ich da, und meine Phantasie schwebte in den goldenen Zauberpalästen des Orients. Jedoch die Meisterin kam dahinter, denn es verriet mich ein Lichtstrahl, der durch einen Spalt in der dünnen Bretterwand meiner Kammer hinausfiel. Da fuhr sie denn unversehens herein, schalk mich einen Unschlittlichterdieb und einen Laugenstich und gab mir zugerlegt eine Ohrfeige, daß mir grün und blau vor den Augen wurde und eine traurige Wirklichkeit an die Stelle der Phantasien von Tausend und Eine Nacht trat. Von da ab konnte ich nur am frühen Sommermorgen lesen; in den traurigen und öden Winternächten blieb ich zur Langeweile der Finsternis verurteilt.

So verlebte ich eine trübe Jugend unter der Herrschaft

einer brutalen Frau und unter den Launen eines verzogenen und eigenmächtigen Mädchens. Ich mußte nicht, denn ich mußte ja dem Meister dankbar sein, daß er mich davor bewahrt hatte, der Gemeinde Winkel zur Last zu fallen. Das Los meiner Geschwister war ein viel schlimmeres.

Mit Sehnsucht sah ich dem Ende meiner Lehrzeit entgegen, denn dann hoffte ich der Werkstatt angehören und somit dem Herrschaftsbereich der Frau Meisterin und den Launen ihrer Tochter entzogen zu sein. Ach, ich hatte mir von dem Lehrling und seinem Erdewallen einen ganz falschen Begriff gemacht, und meine Enttäuschung war hart genug.

Der Meister war, wie man gesehen, ein gutherziger Mann, aber er gehörte zu den Innungsbrüdern von altem Schrot und Korn, und diese haben von dem Lehrling und was er tun und lassen soll, so ihre eigene Auffassung. Sie können sich die „väterliche Zucht“, die sie sich gegenüber dem Lehrling nun einmal von Gottes- und Rechtswegen zuschreiben, ohne Handgreiflichkeiten nicht denken. In der Innung übte der Schustermeister die väterliche Zucht mit dem Knieremen, der Schneidermeister mit der Elle, der Tischlermeister mit dem Latzenstück, und wer von den anderen Innungsmeistern kein solches Handwerkzeug zur Verfügung hat, was sich zum Bearbeiten des Lehrlings verwenden läßt, der nimmt den Lehrling bei den Haaren oder bei den Ohren, gibt ihm Puffe und Rippenstöße, klopf ihm mit dem gekrümmten Finger an die Stirn, daß die Tränen kommen, schlägt ihm hinter die Ohren oder bearbeitet seinen besonders fleischigen Körper mit einem einfachen Stock. So dachte ich auch der gute Meister Hellwig gar nichts dabei, wenn er mich an den Ohren nahm oder mir mit einem Latzenstück eins überzog, sobald ich ihm etwas nicht recht machte, und ich hatte nie Mangel an Beulen und Striemen. Wenn der Meister fort war, so vertrat ihn der Altgeselle und der war auch einer von der Prügeljungf; er sorgte treulich dafür, daß ich in Abwesenheit des Meisters mit Puffen und Stößen nicht zu kurz kam.

Wenn ich geglaubt hatte, von dem Dienst bei der Meisterin und bei Liese freizukommen, so erwies sich das als ein Irrtum. Aber es ward schlimmer. Außer der Meisterin und ihrer Tochter mußte ich jetzt auch noch die Gesellen bedienen, ihnen den Wespertrock holen und häufig auch, um ihnen Kurzweil zu machen, Rippenstöße und Scheltworte in Empfang zu nehmen. Mehr als je brannte ich darauf, zu lernen, um die geringen Kenntnisse, die ich aus dem Volksschulunterricht geschöpft, zu erweitern. Aber wenn der Meister mich mit einem Buche ertappte, so schlug er es mir um die Ohren und nannte mich einen Träumer und Lagedieb.

Doch auch die Lehrzeit, von deren Leiden die Herren Gesetzgeber keine Ahnung haben und darum oft für die armen



heit vernichtet, und das Koalitionsrecht zertrümmert werden. Immer natürlich „nur für die Zeit einer Mobilisierung und für den Kriegsfall“. Daß diese dehnbaren Voraussetzungen besonders in Ungarn keinen Schutz bedeuten, liegt auf der Hand. Sagt doch gleich § 1, daß die vorgelegenen Ausnahmemaßregeln, wenn nötig, auch schon im Falle militärischer Vorbereitungen getroffen werden können. Zur Vollstreckung der dem Ministerium gegebenen Machtvollkommenheiten können Regierungskommissare ernannt werden, die mit diktatorischer Gewalt ausgestattet sind. Nicht nur können sie im Rahmen des Gesetzes jede Verfügung treffen, sie dürfen auch alle Machtmittel anwenden, ihre Verfügungen durchzusetzen, und zu diesem Zwecke unmittelbar die Angehörigen der Komitate, Städte und Gemeinden kommandieren. Beschlüsse der Gemeinden und Städte, welche den Anordnungen dieser Diktatoren zuwiderlaufen, werden von Amts wegen annulliert. Gegen die Anordnungen der Diktatoren gibt es weder eine Beschwerde noch eine Appellation. Das Ministerium ist ferner ermächtigt, den Post-, Telegraphen- und Telephonverkehr während des Ausnahmezustandes der Kontrolle zu unterwerfen. Im übrigen seien aus dem Gesetz folgende Bestimmungen hervorgehoben.

§ 9 gibt dem Ministerium das Recht: Die Bildung neuer Vereine oder Vereinsfilialen zu verbieten, die Sitzungen bestehender Vereine zu kontrollieren und deren Tätigkeit einzuschränken oder die Vereine zu suspendieren. Wer eine auf Grund dieser Vorschriften erlassene Verordnung verletzt, wird mit Arrest bis zu zwei Monaten oder mit Geldstrafe bis zu 600 Kronen bestraft. Das Ministerium kann ferner die Abhaltung von Volksversammlungen, Aufzügen usw. verbieten. Zuwiderhandlungen gegen ein solches Verbot werden gleichfalls mit Arrest bis zu zwei Monaten oder Geldstrafe bis zu 600 Kronen bestraft.

§ 11: Das Ministerium kann verfügen, daß die dem Staatsanwalt einzureichenden Pflichtexemplare der periodischen Zeitchriften und anderer Presseprodukte der Polizeibehörde vor der Expedition einzuhändigen sind, und daß die Verfertigung dieser Zeitchriften erst drei Stunden nach der Einhäufung des Pflichtexemplars erfolgen darf. Andere Druckchriften dürfen nicht vor Ablauf einer Woche nach Einreichung des Pflichtexemplars verbreitet werden. Die Staatsanwaltschaft kann das Pressezeugnis verbieten. Das Ministerium kann verfügen, daß sämtliche Zeitungen, Presseprodukte des Auslandes, bevor sie dem Adressaten ausgehändigt werden, einer Kontrolle unterworfen werden. Wer unter Verletzung des Verbots ein Presseprodukt verleiht oder dessen Verfertigung ermöglicht, wird mit einer Zuchthausstrafe von 3—5 Jahren bestraft. — § 12 ermächtigt das Ministerium, Delikte, welche vor das Schwurgericht gehören, an Berufsrichter zu überweisen. Die tollsten Bestimmungen enthält § 13: Derjenige, der in Kriegszeit Arbeiter zur gemeinsamen Einstellung der Arbeit Arbeitgeber zur Ausperrung der Arbeiter auffordert, ist mit Zuchthaus bis zu 5 Jahren und Geldstrafe bis zu 8000 Kronen zu bestrafen. Der nämlichen Strafe verfallen diejenigen, welche Arbeitswillige an der Aufnahme oder Fortsetzung der Arbeit hindern. Derjenige, der sich an einer Ausperrung oder Arbeitseinstellung beteiligt, ist mit Gefängnis bis zu 3 Jahren und mit Geldstrafe bis zu 4000 Kronen zu bestrafen.

Dieses ungeheuerliche Ausnahmegesetz soll schon am heutigen Donnerstag im ungarischen Parlament verhandelt werden und, wie die Dinge stehen, ist nicht daran zu zweifeln, daß es Annahme findet. Ob die Lukacs und Tisza glauben, damit ihre Macht zu stärken? Wir haben das Gefühl, daß mit solchen Maßregeln der Revolution eher vorgearbeitet wird, als daß ihr Abbruch geschähe.

## Deutscher Reichstag.

Originalbericht des „Lübecker Volksboten“.

Berlin, 4. Dezember 1912.

77. Sitzung. Nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsitz: Kühn, v. Tirpitz.

Die erste Lesung des Etats.

Innere Politik.

Reichsjahresetat Kühn: An dem Übertrag von 1911 reicht 1912 nicht heran. Einen bestimmten Übertrag kann ich für dieses Jahr nicht in Aussicht stellen und enthalte mich

Lehrlinge ganz verkehrte Gesetze machen, ging darüber und ich ward losgesprochen. Nun war ich Geselle und ein sogenannter freier Arbeiter. Dabei blieb meine Stellung eine abhängigerer im Hause, als die der anderen Arbeiter. Jedoch ich konnte nun in meinem freien Stunden lesen, studieren, schreiben, zeichnen nach Herzenslust, und ich verdiente alles, was ich von meinem künftigen Lohn ersparen konnte, auf Bücher und Bildungsmittel. Ich lernte ordentlich deutsch schreiben, ein wenig französisch im Arbeiterbildungsverein und trieb Geschichte, Naturwissenschaften und Rationalökonomie mittels populärer Lehrbücher. Ich verschlang förmlich die Bücher; sie waren mir die liebste Erholung, der größte Genuß. So hab ich mir etwas Bildung erworben, daß ich in den Zeitfragen auch mitreden kann. Ich bilde mir nichts daraus ein, aber meinem Wissens- und Fortschrittsdrang nach leben, das ist mein Glück. O, daß mir mehr Zeit vergangen wäre!

„Das nicht mehr Arbeiter es versuchen, sich so zu bilden wie Sie“, warf Hermine ein, die der Erzählung mit der größten Spannung gelauscht hatte. Solche dem Erwerb abgelenkte Bildung mag man lieber höher anschlagen, als das bequeme Stillsitzen bei den bevorzugten Klassen; es gehört mehr Energie und Opferwilligkeit dazu.“

„Bei vielen Arbeitern reicht aber bei langer Arbeitszeit und schlechter Erhaltung die Willenskraft nicht mehr aus; sie werden zu schlaff und bedürfen zu sehr der Ruhe, um sich noch zu einer geistigen Tätigkeit anstrengen zu können, und das kann man ihnen nicht verdenken. Die heutige Jährlinge mit ihrem fleißigsten Fleißbetriebe nimmt eben trotz aller Lehrlinge der Arbeit der ganzen Menschheit in Beschlag und raubt ihm alle Kräfte aus.“

„Ich kann immer noch nicht recht begreifen, warum Sie mit Ihren Redensarten sich nicht eine bessere gesellschaftliche Stellung schaffen haben“, meinte Hermine.

„O mein Fräulein, man hat kein Charisma und tut das nicht an dem Tage. Ich gehöre zu den Kläglichen, die

jeden Prophezeiung. Noch ist ein Abflauen der Hochkonjunktur nicht zu verzeichnen, im Gegenteil, sie ist international geworden. Fast überall zeigen die Einnahmen die erfreuliche Tendenz des Anstiegens. Nur bei der Branntweinsteuer wird eine Mindereinnahme von etwa 6 Millionen Mark zu verzeichnen sein. Das Vorgehen der Regierung bei der Finanzierung der Wehrvorlagen in diesem Frühjahr ist vielfach angegriffen worden. Ich brauche darauf nicht näher einzugehen, weil jedenfalls Einigkeit darin besteht, daß eine Besitzsteuer kommen wird. Welche Besitzsteuer, kann ich noch nicht sagen. (Heiterkeit.) Jedenfalls kommt nur eine allgemeine Steuer, eine Vermögens- oder eine Erbschaftsteuer in Frage. Das Ergebnis der Beratungen der Regierung über die Besitzsteuerfrage wird vorgelegt werden können, bevor die Herren aus den Weihnachtsferien zurückkehren. Der neue 3-Milliarden-Etat kann sich an Solidität mit seinen Vorgängern messen. (Zuruf b. d. Soz.: Das will nicht viel sagen!) Der Anleihebedarf wird mit 33 oder bei etwas anderer Berechnung mit 40 Millionen hinter dem des Vorjahres zurückbleiben. Nur dann könnte mit einem Schein von Recht behauptet werden, von einer wirklichen Schuldenentlastung könne nicht gesprochen werden, wenn neue Anleihen aufgenommen würden, sobald diese Anleihen zu nichtwerbenden Zwecken verwendet würden. Redner geht dann auf die Etats der einzelnen Ressorts ein. Für die Veteranenfürsorge sind erhöhte Mittel eingelegt. (Bravo!) Die Schutzgebiete werden auch in diesem Jahre die Kosten ihrer Zivilverwaltung selbst aufbringen. Die Finanzlage des Reichs zeigt alle Zeichen der Gesundung. Sorgfame Abwägung der Einnahmen, Zurückstellung aller Ausgaben, für die keine Deckung vorhanden ist, das muß für alle Zeiten unser Ziel sein. 1913 ist es gerade 10 Jahre her, daß die Periode der Zuschußanleihen begann. Damit wurde gestanden, daß der Ausgleich zwischen Einnahmen und Ausgaben auf regelrechtem Wege nicht möglich sei. Helfen Sie dazu, daß derartige Zustände in Zukunft nur noch der Geschichte angehören. (Beifall.)

Dr. Frank (Soz.): Die Zensur, die wir dem Herrn Schatzsekretär ausstellen müssen, lautet: Fleiß recht gut, Leistungen ganz ungenügend. (Heiterkeit.) 1642 Millionen, 28 Millionen mehr als im Vorjahre, fließen aus den Zöllen und Steuern. Gerade bei den Kosten sind die Erträge höher, die die breiten Massen des Volkes belasten, so bei der Zuckerversteuer und der Brausteuer. Dagegen stehen die Abgaben still oder gehen zurück, die hauptsächlich die wohlhabenden Schichten treffen. (Hört, hört! b. d. Soz.) Das Gesamtergebnis ist, der verhältnismäßige Anteil, den die heillosen Massen an den Leistungen des Reichs zu tragen haben, hat sich noch weiter erhöht. (Hört, hört! b. d. Soz.) Nun ist uns zur Verbesserung dieses Mißverhältnisses eine Besitzsteuer gleichsam als Weihnachtsgeschenk versprochen worden. Warum sagt die Regierung uns nicht, wie das Ding aussehen soll, warum wird das Ei nicht endlich einmal gelegt und nur immer gegadert? (Heiterkeit.) Wir fürchten, daß vielleicht auch diesmal wieder unter der Flagge einer Besitzsteuer Abgaben eingeschmuggelt werden, die von den breiten Massen getragen werden müssen. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Der Schatzsekretär hat daran erinnert, daß wir jetzt eine Art 10-jähriges Jubiläum der denkbar schlimmsten Schuldenwirtschaft feiern. Wenn er dies Jubiläum mit guten Wünschen für die Zukunft begehen will, so muß ich ihm sagen, daß bisher seine Taten gegen seine Worte sprechen. Zur Feier dieses Jubiläums marschieren wir in die 6. Milliarde der Reichsschuld hinein (Hört, hört! b. d. Soz.) und auch der vorgelegte Etat bringt wieder eine Erhöhung der Reichsschuld. Nun sagt der Schatzsekretär, der Fehlbetrag sei nur klein, er betrage nur 33,4 Millionen. Aber dieser Fehlbetrag gleicht dem Dorfgepenst, das vom Rügeln zum Eselanten wird, wenn man es genauer betrachtet. Hinzuzurechnen sind zunächst 81,7 Millionen für angebliche Schuldenentlastung, wofür keine Deckung vorgesehen ist, dann aber werden aus den Überschüssen des Jahres 1911 183 Millionen Mark verwendet, um die Anforderungen dieses Etats zu decken. Es ergibt sich somit, daß mehr als 300 Millionen Mark Ausgaben dieses Etats ungedeckt sind. 3 Jahre nach der vielgerühmten Reichsfinanzreform stehen wir also mittendrin in der schönsten Schuldenwirtschaft. Und besser wird es nicht werden. Wieder wird zur Abwechslung einmal eine Militärvorlage und einmal eine Steuervorlage kommen. Schon hören wir von einem Nachtragsetat, der eine Luftpflotte bringen soll. Für Militär- und Marinezwecke werden mit Einschluß der Kolonialausgaben 1861 Millionen Mark gefordert. Da die Nettoeinnahmen des Reichs 1820 Millionen betragen, haben wir das glorreiche Ergebnis, daß aus den Reichseinnahmen nicht einmal die Militärausgaben gedeckt werden können. (Hört, hört! b. d. Soz.) Die Steigerung der Heeresausgaben beträgt 57 Millionen Mark. Das ist genau soviel, wie die sozialpolitischen Ausgaben auf Grund der Reichsversicherungsordnung ausmachen. (Leb! Hört, hört! b. d. Soz.) Davon sind für die Hinterbliebenenversicherung bereit gestellt 1.950.000 Mark. Diese bescheidene Ziffer bitte ich zu vergleichen

mit dem gewaltigen Getöse,

das bei den letzten Wahlen von der Hinterbliebenenversicherung gemacht wurde. (Sehr gut! b. d. Soz.) Es ist an sich etwas großes, daß das Reich die Verpflichtung anerkennt, auch für die Witwen und Kinder der Arbeiter zu sorgen. Heißt es aber nicht,

sich selbst Rechenschaft geben. Gewissenlose Leute können darüber vielleicht lachen. Mir ist es aber heiliger Ernst damit.“

„Bei mir gereicht Ihnen dies gewiß nicht zum Nachteil“, jagte Hermine mit Wärme, indem sie ihm voll in die Augen sah. Fröhlich bemerkte gar wohl, daß diese hübsche und elegante Dame ein mehr als alltägliches Interesse an ihm zu nehmen begann, allein er gehörte nicht zu den Sclavenjungen, die gleich im hebesten Himmel sind, wenn sie von den Borneshmen und Reichen einmal herablassend behandelt werden oder wenn eine wirklich feine Dame ihnen Artigkeiten jagt. Zwar verhehlte er sich nicht, daß der Eindruck von Hermine's Erscheinung auf ihn ein tiefer war, aber er dachte an nichts weiter und fuhr fort:

„Der Meister war krank und heilfahrig und das Geschäft ging zurück, es wurden alle Leute entlassen und ich blieb allein. Die Konkurrenz der großen Fabriken nahm uns die meisten Kunden weg, und es gab jetzt nur Aufbesserungen und kleinere Arbeiten. Doch nährte das Geschäft immer noch seinen Kampf so leidlich.“

Der Meister starb und ich blieb bei der Meisterin, da ich es dem Meister auf dem Sterbebette hatte versprochen müssen, und ich konnte es nicht abwischen das wäre Undank gewesen. Das Geschäft hob sich wieder, da ich mir viele Mühe gab und freie Hand hatte. Die Meisterin und ihre Tochter behandelten mich jetzt mit Respekt, ich aber blieb immer sehr kühl, denn ich trante dem Meister nach.

Ich hatte wieder zwei Lehrlinge genommen und stand an der Hohenbank; da kam wie von ungefähr der Bruder des verstorbenen Meisters, ein Pöckel mit langen glatten Haaren, besaß. Ich machte diesen Sclavener nicht leiden und beschloß, ihn lang abzurufen.“

„Das Geschäft geht gut“, begann er lachend, „Sie müßten es ganz übernehmen. Dann könnte noch was daraus werden.“

(Fortsetzung folgt.)

die Not verpöten,

wenn man bei solchen Ausgaben von einer Hinterbliebenenversicherung spricht. (Sehr wahr! bei den Soz.) Unsere Sache wird es sein, durch den Ausbau der Hinterbliebenenversicherung dafür zu sorgen, daß sie aus einem Schein zur Wahrheit wird. (Leb! Zustimmung bei den Soz.) Durch die endlich durchgeführte Einheitlichkeit des Zulagewesens ist etwas über eine Million erspart worden, ein Tropfen auf dem heißen Stein angesichts der vielen Millionen, die für das Heer ausgegeben werden. Aus den toten Zahlen des Etats spricht für jeden, der lesen will, daß die breite Masse, die von der eigenen Arbeit leben muß, zwar die Hauptlasten des Reichs zu tragen hat, daß aber zu ihrem Besten nur ein verschwindend kleiner Teil dieser Milliarden verwendet wird. (Sehr wahr! bei den Soz.) Die Besitzlosen bleiben nach wie vor zur Verbesserung ihrer Lage im wesentlichen auf ihre eigene Kraft angewiesen, also vor allem auf ihre Organisationen. Man hört nicht gern, daß die Massen der Arbeiter die Mittel aufbringen, man spricht lieber von der Industrie und dem Gewerbe. Aber könnten die Erfolge der Industrie erzielt werden, wenn nicht Millionen Organisierten, sondern Millionen stumpfsinniger Unorganisierter in ihr tätig wären, wenn nicht selbständige Gewerkschaftler hinter den Unternehmern ständen, sondern ein

Heer von gelben Knechten?

(Sehr gut! bei den Soz.) Wir renommieren nicht gern mit dem Wort „national“, aber wir dürfen doch behaupten, für die Zukunft der Nation ist die kleinste Gewerkschaft wichtiger als alle Wehr- und Kriegervereine zusammen. (Sehr richtig! bei den Soz.) Tut der Reichstanzler irgend etwas, um diese Selbsthilfe der Arbeiterkraft zu fördern? Nein, er steht ruhig zu, wie die Schafschäfer und Großindustriellen durch schwarze Listen, durch einseitige Arbeitsnachweise offen und schamlos Jahr für Jahr Hunderttausende von Arbeitern brotlos machen. (Sehr wahr! bei den Soz.) Arbeiter und Angestellte! Heute denkt die übergroße Mehrheit des deutschen Volkes über das Koalitionsrecht so, daß man es für eine Unanständigkeit, für eine Ehrlosigkeit ansieht, wenn ein Unternehmer seine wirtschaftliche Überlegenheit dazu mißbraucht, den Arbeitern das Koalitionsrecht zu nehmen. Aber wie kann man hier Hilfe von einer Regierung erwarten, die nicht einmal das Reichsvereinsgesetz durchzuführen vermag. Es besteht eine förmliche Polizeiwissenschaft mit dem Ziele, das alte Unrecht der früheren Vereinszustände hereinzuschmuggeln an die Stelle des neuen Reichsvereinsrechtes. (Sehr wahr! bei den Soz.) Irgend eine Polizeiseele ist sogar schon auf die Idee gekommen, wegen der Maul- und Klauenpein eine Arbeiterverammlung zu verbieten. Das Oberverwaltungsgericht hat diese Verfügung zwar aufgehoben, aber die Polizei kümmert sich auf direkte Aufforderung der Vorgesetzten um gerichtliche Entscheidungen überhaupt nicht. Nicht einmal der Militärhofkott, von dem doch auch der Mittelstand nichts wissen will, ist besetzt. Wenn eine Reichsbeförderung, die vom Geld der Arbeiter lebt, sich das Recht herausnimmt, die Lokale förmlich für verpestet zu erklären, in denen sozialdemokratische Versammlungen stattfinden, so ist das eine

unerhörte Gewalttätigkeit,

die das deutsche Volk sich nicht gefallen läßt. (Sehr wahr! bei den Soz.) Es ist ganz folgerichtig, daß die Reichsregierung auch für den neuesten Akt der Selbsthilfe der deutschen Arbeiter nichts übrig hat, für ihren Versuch, durch eine Aktiengesellschaft Volksfürsorge der Ausbeutung ein Ende zu machen, die seit Jahren die sogenannten Volksversicherungen betreiben. Die Volksversicherung „Victoria“ und „Friedrich Wilhelm“ haben in drei Jahren mehr als 660 000 Verfallpolizen gehabt. Was heißt das? Irgend ein Arbeiter tritt in diese Volksversicherung ein. Auch in guten Jahren ist das Einkommen des Arbeiters unsicher, wie erst in der Krise? Nach ein paar Monaten wird der Mann krank oder verliert seine Arbeit. Er kann die Prämie nicht weiter bezahlen. Dann verfällt das, was er gezahlt hat, der Versicherungs-gesellschaft. In drei Jahren sind 660 000 solcher Fälle vorgekommen, und von diesem

Blutgeld ärmter Arbeit

bezahlt die „Victoria“ 780 000 Mk. jährlich an ihren Direktor. (Hört, hört! bei den Soz.) Derartige Dinge sind einfach empörend. Mit 39 bis 40 Prozent verzinst diese Versicherung das Kapital, und da meine ich, das Geld deutscher Arbeiter ist zu gut, als das es für solche Zwecke verwendet wird. (Sehr wahr! bei den Soz.) Mit Freuden sollte es die Regierung begrüßen, wenn die Arbeiterorganisationen auf diesem Gebiete eine Pflicht erfüllen, die die Regierung erfüllen mußte. (Sehr gut! bei den Soz.) Seit Jahrzehnten bestehen diese Mißstände, und niemand hat sich darum gekümmert, was aus den Arbeiterpfennigen wird. In dem Augenblick aber, wo die Selbsthilfe ansteht, da erwacht die Reichsregierung aus ihrem langen, langen Schlafe und — macht die großen Lebensversicherungs-gesellschaften mobil gegen die Selbsthilfe der Arbeiter. (Hört, hört! bei den Soz.) Was auch immer in Deutschland an Fürsorge für die Massen geschah, entsprang der Arbeit unserer Organisation. Wer hat sich um die Großstadtkindern gekümmert, um die Hunderttausende armer Lehrlinge, die in den Großstädten aufschickellos, schuklos und freudlos leben? Da kamen erst die Sozialdemokraten mit ihren Jugendorganisationen und hintermher dann der Krähwinkel Landsturm der Regierung. Überall tritt man den Arbeitern entgegen, wenn sie von der Selbsthilfe Gebrauch machen. So ist jetzt die „Freie Volksbühne“ in Berlin unter Aufsicht und Zensur gestellt worden. Ich wurde die Aufführung des Wertes von Rosenow „Die im Schatten leben“ verboten, und der Oberpräsident rechtfertigte das Verbot mit der Behauptung, daß die Schilderung des Bergarbeiterlebens in dem Drama aufstrebend sei, weil sie auf einer Verfälschung des bestehenden tatsächlichen Zustandes beruhe. Der Dichter habe bei der Schilderung des Lofes ein armer Invalide die Bestimmungen des allgemeinen Berggesetzes vom 19. Juli 1906 nicht berücksichtigt, wonach der arme Invalide berechtigt war, Knappschäftsunterstützung zu beziehen. (Hört.) Nun hätte Rosenow dieses Gesetz ja gern berücksichtigt, wenn er nicht das Unglück gehabt hätte, schon 1904 zu sterben. (Gr. Hört.) Der Dichter wollte sein Stück in den 80er Jahren zu einer Zeit spielen lassen, wo es weder die Arbeiterversicherungs-gesetze, noch eine Arbeiterbewegung gab. Nach der Logik des Potsdamer Oberpräsidenten müßten wir auch ein Verbot der „Weber“ bekommen, weil Hauptmann verabsäumt hat, in seinem Drama die Arbeiter-schutz-gesetze gebührend zu berücksichtigen. (Erneute Hört.) Streik-jamen Oberpräsidenten eröffnet sich hier ein weites Feld der Tätigkeit. Diese kleinen und kleintlichen Maßnahmen genügen den Unternehmern aber noch nicht. Sie wollen durch einen einzigen großen vernichtenden Schlag die Arbeiterorganisationen treffen. Diesen Plan marschieren sie mit dem Wort: „Schutz der Arbeitswilligen“. Zwar haben im letzten Frühjahr für den Antrag der Konservativen auf Schutz der Arbeitswilligen außer diesen nur ein paar Alt- oder Faltschnationalliberale (Hört.) gestimmt. Wir lassen uns aber nicht in Sicherheit wiegen. Die Behauptung, daß in Deutschland die Arbeitswilligen nicht genügend geschützt seien, ist eine

ganz frivole Entstellung der Wahrheit.

(Leb! Just. b. d. Soz.) Wenn Ihnen der Einfall käme, außerhalb des Hauses irgend einen mächtigen Mann, den Reichstanzler, Herrn v. Heydebrand, Herrn Engelberg (Hört.)



zu befehligen, so kann der Richter, wenn er will, Sie mit einer Geldstrafe von 3 M. bedanken; wenn aber ein Arbeiter in einer Lohnbewegung einen Streikbrecher "Streikbrecher" nennt, dann muß der Richter den Mann ins Gefängnis werfen. Denken Sie an das Beispiel größten Stills, das wir bei der letzten Bergarbeiterbewegung erlebt haben. Mehr als 3000 Anlagen wurden dort erhoben, und Arbeiter kamen für ein Viertel auf 1 bis 2 Monate ins Gefängnis. Selbst der "Reichsbote" hat erklärt, daß angeht dieser Urteile der Ruf nach einer Verhinderung der Strafen für Streikvergehen verkommen müsse. (Hört, hört!) Ich verlese Ihnen folgenden Satz: "Der deutsche Arbeiter, der den Beitritt verweigert, dem gebührt ein Preis!" Das ist doch gewiß eine scharfe Beleidigung von Arbeitswilligen. Ich habe aber an einer Stelle falsch gelesen, es heißt nicht "der deutsche Arbeiter", sondern "der deutsche Arbeiter", und der Artikel stammt aus den Herren von der Rechten nicht unbekanntem Agrarkorrespondenz und richtet sich gegen die Außenleiter beim Spiritusring. (Hört, hört! b. d. Soz.) Hier hat ein akademisch gebildeter Mann in aller Ruhe einen Artikel im Interesse des erhöhten Profits der Brennerien geschrieben. Bei den Arbeitern aber, die in der Hitze des Gefechtes einen ähnlichen scharfen Ausdruck gegen Streikbrecher brauchen, handelt es sich um einen Kampf für ihre Existenz. Der Reichskanzler soll die Erklärung abgeben, daß er nicht bloß ein Ausnahmengesetz zum Schutz der Arbeitswilligen ablehnt, sondern daß er Bestimmungen mit dieser Tendenz auch nicht in die neue Strafgesetznovelle hineinarbeiten will. (Weißfall b. d. Soz.) Gewaltig schmilzt die Macht des Kapitals an. Auch der Regierung beginnt es zu dämmern, und so hat sie den schwachen Versuch gemacht, sich gegen die Übermacht des Kohlenyndikats zu wehren. Er ist ihr aber nicht gut bekommen. Die Kohlen-gewaltigen sind mit den Ministern recht ärgerlich umgegangen, sodaß die Gründung eines Schutzverbandes von Ministern gegen solche Angriffe nur eine Frage der Zeit ist. (Heiterkeit.) Vielleicht lernt aber der Reichskanzler aus dieser Behandlung der Minister, wie die Grubenherren erst mit ihren Angestellten und Arbeitern umgehen müssen. (Sehr gut! b. d. Soz.) Wenn die Regierung ernstlich gegen die Übermacht der großen Herren was tun wollte, so gibt es nur eine würdige und treffende Antwort; der Übergang zu einer entschlossenen energischen Sozialpolitik. (Lebhafte Zustimmung. b. d. Soz.) Viele energische Weltführer müssen wir namentlich auf dem Gebiet der Wohnungs-sorge fordern. In den Winterwochen seines Eifers hat der neue Reichstag beschlossen, die Regierung hier vorwärts zu treiben. Jetzt aber sehen wir, wie die Regierung die alte Kompetenzfrage hier wieder hervorholt, und wie die Einzelstaaten und die Reichsregierung einander den Ball der Wohnungssorge zuwerfen. Die Konventionen wollen die Landesgesetzgebung, um die Wohnungssorge auf die Großstädte zu beschränken; aber auch in den Kleinstädten und in den kleinen Gemeinden bestehen dauernde Mißstände auf dem Gebiet der Wohnungsfrage. So sehen wir auch hier wieder, daß alle kleinen Einzelfragen in die große Frage des preussischen Wahlrechts münden. (Sehr wahr! bei den Soz.) Neben der preussischen besteht die kleinere reussische Wahlrechtsfrage. Reuß will durch die Einführung eines Zünflassenwahlrechts die Arbeiter entzweien. Dazu scheinen die bürgerlichen Parteien entschlossen zu sein, und zu dieser bürgerlichen Mehrheit für den

**Verfassungsbrand**  
sollen auch zwei oder drei Mitglieder der Fortschrittlichen Volkspartei gehören. Ich kann mir nicht denken, daß diese Partei ihren Wahlrechtskampf in Preußen damit beginnen will, daß sie dort, wo sie Einfluß hat, zu einer Beschränkung des Wahlrechts die Hand bietet. (Zuruf bei der Fortschr. Pkt.) Es würde mich freuen, wenn die Zeitungen falsch darüber berichtet haben. So müssen wir Schritt für Schritt uns den Boden für den Aufstieg der Arbeitermasse erst erkämpfen, und da gibt es eine große Partei, die die Massen von ihren dringlichsten Aufgaben abulenken sucht. Ich spreche vom Zentrum. Während Millionen von Arbeitern gegen die Feuerung und gegen den Krieg demonstrieren, rief das Zentrum Massenversammlungen in der

**Jesuitenfrage**  
zu. Vielleicht kommen auch noch Straßendemonstrationen. Der Bundesrat hat bekanntlich über die Auslegung des Jesuitengesetzes entschieden. Ich sehe nicht an, zu erklären, daß, da nun einmal das Jesuitengesetz besteht, ich unter dieser Voraussetzung die Entscheidung des Bundesrates für sehr erfreulich halte. (Hört! hört! i. Str.) Es geht eben nicht an, durch eine bayerische Verordnung ein Reichsgesetz einfach aus der Welt zu schaffen. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Was heute beim Jesuitengesetz geschieht, kann morgen beim Koalitionsgesetz geschehen. Wir halten diesen Ausgang der Sache für eine schwere moralische und politische Niederlage des Ministeriums Hertling. Herr v. Hertling sollte als Ritter Georg gegen den Drachen des Umsturzes vorgehen, und seine erste Tat als Minister war: er beging den Umsturz gegen die Gesetzlichkeit. (Sehr gut! und Hitt. b. d. Soz.) Selbstverständlich haben wir, und das erkläre ich im Namen meiner Fraktion, nach wie vor immer noch keine Angst vor den Jesuiten, sind wir nach wie vor bereit, für die Aufhebung des dort bestehenden Gesetzesrestes zu stimmen. Ich freue mich auf den Augenblick, wo Sie (zum Zentrum) aus den Händen der Sozialdemokraten die Aufhebung des Ausnahmengesetzes empfangen werden in dem Augenblick, wo Sie in Bayern gegen uns Ausnahmengesetze und Ausnahmeprozesse machen. Das Zentrum droht jetzt mit Opposition und seine Blätter richten Angriffe gegen eine hohe Dame aus dem Hohenzollernhause, wie sie seit den Zeiten Bismarcks nicht mehr da waren. Aber ich glaube nicht an diese Opposition. Drei Jahre lang hat das Zentrum als Regierungstruppe operiert, es ist garnicht mehr fähig, auch wenn es wollte, als Freischärler in der Opposition zu stehen. (Zuruf im Zentrum: Abwarten!) Auch gegen Herrn v. Peeringen, der in der Duellfrage Sie (zum Zentrum) verletzete, haben Sie nichts Ernstliches unternommen. Wir Sozialdemokraten sind die einzigen, die auch durch die Tat den Willen zur Opposition ausdrücken. Gegen die Aufhebung des Jesuitengesetzes werden wahrscheinlich nur die Nationalliberalen stimmen. Warum, verstehe ich nicht. Wie kann man gegen die Jesuiten stimmen, wenn man draußen die Politik der Jesuiten macht. (Sehr gut! b. d. Soz.) Die Gefahr für unsere Entwicklung sind nicht die Jesuiten, sondern der Klerikalismus als politische Erscheinung. Der Plan ist klar: Norddeutschland soll von den Konservativen regiert werden mit klerikaler Hilfe, und der Süden vom Zentrum mit konservativer Hilfe. Die politische Karte Deutschlands soll im Norden blau sein mit schwarzen Tupfen, und im Süden schwarz mit blauen Tupfen. (Heiterkeit u. Sehr gut! b. d. Soz.) Den Klerikalismus bekämpft man nicht mit Polizeigesetzen, sondern durch eine ehrliche demokratische Politik. (Sehr richtig! links.) In diesem Jahre ist das 50jährige Jubiläum des großen nationalen Schützenfestes in Frankfurt a. M. gefeiert worden. Vor 50 Jahren war der Redner des deutschen Bürgertums Schulze-Delitzsch. Er rief dort: "Alle politische Wiedergeburt muß aus dem Schoße des Volkes selbst hervorgehen." (Hört, hört! b. d. Soz.) Und wer war jetzt der Sprecher des vorgeschrittenen deutschen Bürgertums? Prinz Heinrich von Hohenzollern, und

sein Spruch lautete: Trumpf für unser Bürgertum ist heute der Gehorsam, und kein Mann hat ihm widersprochen. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Wenn wir so das Bürgertum erstarren und müde sehen, dann ist es unsere Aufgabe, die junge Kraft der Arbeiterklasse zu organisieren. Wir wollen nicht Gehorsam, wir wollen Rebellentrog, wir wollen die Arbeiterklasse weiterführen auf ihrem Wege zum Siege gegen Klerikalismus, gegen Konervative, gegen Ausbeutung für Freiheit, für Demokratie und Sozialismus! (Lebh. Weisfall b. d. Soz.)

**Die Kampfanfrage des Zentrums.**  
Dr. Spahn: Wenn Herr Frank für Aufhebung des Jesuitengesetzes stimmen wird, bin ich ihm dankbar und verleihe ihm meine Bosheit. (Gr. Heiterkeit.) Die Auslegung des Jesuitengesetzes durch den Bundesrat bildet einen Rückschritt selbst gegenüber den Verhältnissen in Preußen. Die Jesuiten werden ihren Lebensweg weiter gehen und auch im Ausland ihr Deutlichkeit bewahren und deutsche Interessen vertreten. Aber das Reich legt eine schwere Schuld auf sich. (Lebhafte Zustimmung. i. Str.) Wir werden diese Schuld abwälzen suchen, und die Aufhebung des Jesuitengesetzes beantragen. Im Namen meiner Partei erkläre ich: "Das Gesetz vom 4. Juli 1872 betr. den Orden der Gesellschaft Jesu enthält einen Angriff gegen die katholische Kirche und die staatsbürgerlichen Rechte der Katholiken. Der Bundesrat hat die in den Ausnahmengesetzen gegen den Orden der Gesellschaft Jesu liegenden Einwürfe in die bürgerliche und kirchliche Freiheit verhärtet. Unter diesen Umständen können wir zum Reichskanzler und Bundesrat das Vertrauen nicht haben, daß die Bedürfnisse der Katholiken im Deutschen Reich bei ihnen eine gerechte Behandlung finden. Wir werden unser Verhalten dementsprechend einrichten." (Lebhafte anhaltende Weisfall im Zentrum.)

Reichskanzler Dr. v. Bethmann-Hollweg: Herr Spahn hat von der tiefen Erregung gesprochen, in die das katholische Volk durch den letzten Bundesratsbeschluss versetzt worden ist. Gemiß sind seit Jahrhunderten religiöse Streitigkeiten verhängnisvolle und vielfach blutige Kapitel der deutschen Geschichte gewesen. Das vergißt ein Volk wie das deutsche nicht. Aber die Waagen gehen auf beiden Seiten hoch, denn auch auf evangelischer Seite sind zahlreiche Äußerungen laut geworden, welche der ersten Beforgnis vor der Zukunft des Ordens Jesu Ausdruck geben. Wir sollten uns in dieser Frage von der Erregung der Gemüter möglichst freihalten. Schändliche Praktiken bei der Handhabung des Jesuitengesetzes sind nicht angemeldet worden, darüber werden sich die Katholiken auch klar sein. Das war im Interesse des konstitutionellen Friedens nur zu begrüßen. Reichskanzler und Bundesrat hatten keinen Anlaß, an diesem Zustand zu rütteln. Dann kam der bayerische Erlass, der uns nötigte, uns erneut mit der Ausführung des Jesuitengesetzes zu befassen. Das muß ich gegenüber den erregten Klagen in katholischen Kreisen ausdrücklich vor dem Lande feststellen. (Sehr richtig!) Damit identifiziere ich mich in keiner Weise mit den Vorwürfen, die in der Öffentlichkeit gegen die bayerische Regierung erhoben worden sind, als hätten sie sich gegen das Reich auflehnen wollen. Daran kann niemand denken, der weiß, mit welcher Beilichtheit und über alle kleinen Sonderinteressen erhabenen Bundes-treue Bayern zum Reiche steht. (Bravo! rechts.) Was hat nun der Bundesrat beschlossen? Hat er etwa das Jesuitengesetz geschaffen? Das besteht ja seit 40 Jahren. Nur dann würde ich die über alles Maß hinausgehende Erregung der katholischen Presse verstehen. Aber der Bundesrat hat nur die bestehende Praxis der Ausführung des Gesetzes modifiziert. Herr Spahn behauptete allerdings, es bedeute eine Verschlimmerung des bestehenden Zustandes. (Sehr richtig! i. Str.) Es ist aber nicht die Absicht des Bundesrats, den Gegenstand materiell irgendwie neu zu ordnen, mit dem er sich ohne das Vorgehen Bayerns ja garnicht beschäftigt hätte. Wenn Herr Spahn nun in seiner Erklärung der Regierung das Vertrauen gekündigt hat, und wenn Sie (zum Str.) danach Ihr gesamtes politisches Verhalten einrichten wollen, so bedeutet das nichts anderes, als daß Sie die Jesuitenfrage zum Gestein Ihres politischen Programms machen. (Sehr richtig! rechts.) Die streitbare Loyalität der Jesuiten auf allen Gebieten, ihr internationaler Charakter, ihr Widerstreben gegen die Bildung des modernen Staatsgedankens, haben den Orden wiederholt nicht nur in protestantischen, sondern auch in rein katholischen Ländern mit den Regierungen in Widerspruch gebracht. (Lebh. Sehr richtig!) Möge uns das Geschick vor der Wiederkehr von Zuständen bewahren, in denen um des Glaubens willen die Glieder des Volkes einander entfremdet wurden. Diejenigen, die jetzt den Katholiken Deutschlands den Bundesratsbeschluss als die Wiedereröffnung des Kulturkampfes darstellen, laden eine schwere und verhängnisvolle Verantwortung auf sich. (Lebh. Zustimmung! rechts u. b. d. Mitt.)

Graf Westarp (R.): Wir können uns der Kritik des Abg. Spahn gegen den Bundesratsbeschluss nicht anschließen. Eine Verhinderung der bestehenden Praxis wünschen auch wir nicht. — Der Etat gibt uns ein gutes Bild einer geordneten Finanzwirtschaft. Das ist eine Folge der Finanzreform von 1909. (Sehr richtig! rechts, Lachen links.) Die Wiedereinsetzung der Ostmarkenzulage begrüßen wir. Unsere Stellung zu der angeklagten Besitzsteuer behalten wir uns vor, vor allem auch darüber, ob überhaupt eine neue steuerliche Belastung des Volkes notwendig ist. Die solide Gestaltung des Etats ist besonders in dieser ernsten Zeit erfreulich, wo es gilt, ohne nervöse Unruhe mit klarem Blick den Verhältnissen ins Auge sehen und ruhig und entschlossen das nötige zu tun. (Bravo! rechts.)

Die Weiterberatung wird hierauf vertagt auf Donnerstag 1 Uhr.  
Schluß: 5 $\frac{1}{2}$  Uhr.

### Aus der Partei.

Eine abgewiesene Reichsverbandsklage. In Brandenburg a. S. fand am Dienstag die Berufungsverhandlung in dem bekannten Prozeß des Reichsverbandes gegen den verantwortlichen Redakteur der "Brandenburger Zeitung", Gen. Erich Baron, statt. Die Verhandlung vor dem Schöffengericht hatte mit einer gründlichen Beurteilung der Kampfmethode des Reichsverbandes geendet; lediglich wegen formeller Beleidigung war Genosse Baron zu 50 Mark Geldstrafe verurteilt worden. Beide Parteien legten Berufung gegen das Urteil ein. In der Verhandlung am Montag vor der Brandenburger Strafkammer wurde auf Anregung des Vorsitzenden eine sehr eingehende Debatte über die prinzipiell wichtige Frage herbeigeführt, ob die als Kläger auftretenden Vorstandsmitglieder des Reichsverbandes mit Herrn v. Liebert an der Spitze überhaupt die zur Führung des Prozesses notwendige Aktiolegitimation besäßen. Der Vorsitzende gab seiner Meinung dahin Ausdruck, daß die die Kläger angeklagte Beleidigung der Tätigkeit des Reichsverbandes betreffe, wie sie öffentlich in die Erscheinung trete. Es liege also keine Beleidigung der Tätigkeit des Reichsverbandes vor. Der Vertreter des Reichsverbandes, der liberale Rechtsanwalt Dr. Cohn aus Dessau, war mit dieser Deduktion nicht einverstanden. Die Vorstandsmitglieder seien beleidigt worden, denn sie seien für die Kampfes-

methode des Reichsverbandes die moralisch Verantwortlichen, nicht die Agenten, die nur als willenlose Werkzeuge ihrer Auftraggeber in Betracht kämen. Wer sich daher über die Kampfmethode des Reichsverbandes abfällig ausspreche wie das in dem unter Anklage gestellten satirischen Angriff der Fall sei, beleidige den Vorstand. Die Brandenburger Strafkammer stellte sich jedoch mit dem Verteidiger des Angeklagten, Genossen Heine, auf den Standpunkt, daß der Angriff auf den Reichsverband in keiner Weise die Beleidigung eines einzelnen Vorstandsmitgliedes bedeute. Die Satire richtete sich nicht gegen Personen, sondern gegen eine politische Kampfmethode. Dem klägerischen Vorstande des Reichsverbandes mangelte daher die Aktiolegitimation. Das Schöffengerichtsurteil wurde nach kurzer Beratung von der Brandenburger Strafkammer aufgehoben, das Verfahren eingestellt und die Kosten den Privatklägern zur Last gelegt.

Zum leitenden Redakteur der "Fränkischen Tagespost" in Nürnberg wurde Genosse Dr. Nestriepke gewählt. Hierzu bemerkt unser Erfurter Parteiblatt: "Aus Nürnberg kommt die Nachricht, daß die Preßkommission der 'Fränkischen Tagespost' den Genossen Dr. Nestriepke zum leitenden politischen Redakteur des Blattes gewählt habe. Die Stelle war durch den Tod des Genossen Herzberg frei geworden. Ueber die Person des 27jährigen Genossen Dr. Nestriepke ist zu melden, daß er nach Beendigung seiner Studienzeit in der Redaktion der in Marburg erscheinenden 'national-sozial-demokratisch-freisinnigen', 'Sessischen Landeszeitung' tätig war, die bis vor kurzem zum Eigentum des Herrn v. Gerlach gehörte. Danach bekleidete er von 1909 an das Amt eines Parteisekretärs der Demokratischen Vereinigung für Rheinland und Westfalen. Nach den jüngsten Reichstagswahlen trat Dr. Nestriepke zur sozialdemokratischen Partei über. Bis Mitte dieses Jahres war er als Hilfsarbeiter im Bund der technisch-industriellen Beamten tätig. Dieser Genosse also, der sich seit ungefähr dreiviertel Jahren zur Sozialdemokratie bekennt, wird erkoren, um eines unserer größten (allerdings nur an Bogenzahl) Parteiblätter zu leiten. Gestern hat er noch Psi über uns gerufen, heute geht's im Hui mit uns." — Wir können uns dieser Charakterisierung des Falles nur vollinhaltlich anschließen. Es ist ein ziemlich starkes Stück, was hier in Nürnberg aufgeführt wird.

**Partei und Gewerkschaften in Frankreich gegen den Krieg.**  
Während die sozialistische Partei die vor dem Baseler Internationalen Kongreß begonnene Agitation gegen den Krieg energisch fortsetzt, und Jaures im Auftrage der Kammerfraktion eine Interpellation über die auswärtige Politik eingebracht hat, zu deren Beantwortung sich der Ministerpräsident bereit erklärte, ist von der französischen Gewerkschaftszentrale der C. G. T. als Datum für den letzten Woche von dem außerordentlichen Gewerkschaftskongreß beschlossenen 24stündigen Generalstreik der 16. Dezember festgesetzt worden. Ob das die richtigste und wirksamste Form des Protestes der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter gegen die Kriegsgesahr ist, darüber sind die Meinungen geteilt. Die anarchistischen Elemente der C. G. T., wie der Generalsekretär der Arbeitsbüros, Voctot, versuchen über die sozialistischen Parteien der verschiedenen Länder, wie Frankreich, Deutschland, Österreich-Ungarn hämisch zu spotten, weil sie nicht ebenfalls sofort den Generalstreik empfohlen haben. In einem Artikel, den Voctot in der "Bataille Syndicaliste" veröffentlichte, unterstrich er die Tatsache, daß der 24stündige Generalstreik vom 16. Dezember ein Vorspiel sein solle zu dem "revolutionären Generalstreik, der im Fall einer Kriegserklärung ausbrechen würde". Da die C. G. T. in den letzten Jahren schon mehrere Male "Generalstreiks" angeordnet hatte, die geradezu lächerlich ausfielen, so befürchtete viele, daß es auch diesmal nicht gelingen könnte, die Demonstration so durchzuführen, wie es im Interesse der Sache zu wünschen wäre. Die sozialistische Partei wird vorläufig den 24stündigen Generalstreik weder besonders empfehlen, noch irgend etwas gegen seine Propagierung tun. Je nachdem die internationalen Umstände aussehen werden, wird sie jedoch im entscheidenden Augenblick ebenfalls die Arbeiter auffordern, sich dem Proteststreik anzuschließen. Sollten sich die Ereignisse so entwickeln, so läßt sich die C. G. T. selbst vielleicht dadurch bestimmen, den Streik zu vertagen.

### Gewerkschaftsbewegung.

**Streiks im Textilgewerbe.** Bei der Firma J. W. Sed in Kumbach ist ein Streik der Färbereiarbeiter ausgebrochen, weil die Arbeiter wegen Zugehörigkeit zur Organisation gemahregelt wurden. Der Besitzer der Firma, der "liberale" Kommerzienrat Herr Streubel, hat bereits im Jahre 1908 den Weibern in Goldmühl (Oberfranken) das Koalitionsrecht auf gleiche Art streitig gemacht. Er selbst macht vom Koalitionsrecht Gebrauch, denn er ist Mitglied des süddeutschen Industriellenverbandes. In dem Betrieb werden die denkbar niedrigsten Löhne gezahlt, auch lassen die übrigen Arbeitsbedingungen viel zu wünschen übrig. Deshalb hat wohl die Firma begründete Ursache, sich vor der Entwicklung der Organisation in ihrem Betriebe zu fürchten. — Die Aus-sperrung in Göppingen (Württemberg) ist nach 15 wöchiger Dauer für die Arbeiter und Arbeiterinnen erfolglos beendet worden.

**Bei den Ortskrankenkassenwahlen in Wiesbaden** siegte die Liste des Gewerkschaftskartells auch für die Sige der Arbeitgeber, die sich an der Wahl nur sehr schwach beteiligten. Der ganze Kassenvorstand ist jetzt mit Kandidaten des Kartells besetzt.

**Bei der Gewerbegerichtswahl in Hof i. B.** erhielt die Liste der freien Gewerkschaften 1854 Stimmen, während die unter dem Namen "Nationaler Ausschuss für soziale Angelegenheiten" stehenden liberalen Arbeitervereine ganze 206 Stimmen auf ihre Liste vereinigen konnten. Von den zu wählenden 12 Beisitzern erhielten die freien Gewerkschaften 11 und die liberalen Arbeitervereiner 1 Beisitzer.

**Ein Fiasko der Gelben.** In Augsburg, wo die gelbe Arbeiterzerpflünderung von den Industriellen mit allen Mitteln gefördert wird, will es in letzter Zeit damit garnicht mehr vorwärts gehen. Die Mitglieder reihen in Scharen aus, und bald werden die Führer ohne Mitglieder dastehen — trotz der vielen Tausende von Mark, die von den Unternehmern zur Unterfütterung der gelben Vereine gepostet wurden. — Der Rückgang der gelben Bewegung in Augsburg zeigte sich in augenfälliger Weise in einer großen gelben Versammlung, die am Sonntag von den Machern der gelben Vereine einberufen worden war und in der zu der bevorstehenden Gewerbegerichtswahl Stellung genommen werden sollte. Obwohl in allen Fabriken mit großen Plakaten auf die Versammlung hingewiesen worden war, und von den Registern und Beamten mit allem Nachdruck für guten Besuch agitiert worden war, war der Besuch geradezu jämmerlich. Von den rund 6000 Gelben, mit denen renommert wird, hatten sich ganze 150 eingefunden, trotzdem man aus Essen einen besonders zugkräftigen Redner herbeigebracht hatte. Nach einer Stunde hatte dieser die wenigen Besucher auch noch bis auf ein Duzend zum Saal hinausgeredet. Dieser glänzende Zerfall der Gelben bedeutet ein gutes Omen für die kommende Gewerbegerichtswahl, und es ist erfreulich, daß gerade



In Augsburg, dem Ausgangspunkt der gelben Arbeiter-  
ipfitterung, die irreführenden Arbeiter wieder zur Einsicht  
kommen, daß sie sich damit nur selbst schädigen.

### Aus dem Gerichtssaal.

**Drei Monate Gefängnis wegen Richterbeleidigung.** Vor  
der Strafkammer in Halle a. d. S. stand der achtunddreißig-  
jährige Geschäftsführer Johannes Ebel unter Anklage,  
weil er dem Amtsrichter Kother von Deliktsch Gewissen-  
losigkeit und Rechtsbeugung vorgeworfen hatte. Als Ebel  
am Morgen des 28. Juni vor dem Amtsgericht in Deliktsch  
einen Zivilprozeß durchzuführen hatte, verurteilte Amts-  
richter Kother eine Arbeiterfrau Müller zu einer sofort  
zu vollstreckenden Haftstrafe von 24 Stunden,  
weil sie bei der Urteilsverkündung in ihrem  
Prozeß gesprochen hatte. Bei der gewaltigen Ab-  
führung der Frau, deren Kinder zu Hause warteten, gab Ebel  
seinem Unwillen durch Gebärden und Kopfschütteln Ausdruck.  
Als dann Ebel später mit seinem Zivilanspruch abgewiesen  
wurde, sagte er nach dem Richter hingewandt: „Na, das ge-  
schah doch bloß, weil ich meinen Unwillen über die Abführung  
der armen Frau kund getan habe.“ Ebel fuhr dann erregt  
nach Halle und gab von dort aus ein Telegramm an den auf-  
sichtsführenden Richter Albanus in Deliktsch auf, in dem er um  
sofortige Freilassung der seiner Meinung nach unschuldig ver-  
hafteten Frau ersuchte. Tatsächlich wurde die Frau  
auch sofort nach Beendigung der Gerichts-  
sitzung freigelassen. Amtsrichter Kother will aber  
von dem Telegramm keine Kenntnis erhalten haben und die  
Frau aus eigener Initiative und weil sie sich  
entschuldig habe, entlassen haben. Im übrigen will er  
bei der Festnahme daran gedacht haben, die Frau  
bald wieder laufen zu lassen. In jener Sitzung habe er sich  
durch laute Unterhaltung mit der schwerhörigen Frau Müller  
sehr angestrengt, so daß er, wie im Schwur gebadet  
gewesen sei. Jedenfalls sei er durch das laute Schreien  
auch etwas aufgeregt gewesen. Wegen die Frau wegen Un-  
gebühr vor Gericht aber eine Geldstrafe zu verhängen, wäre  
ein Schlag ins Wasser gewesen. Geschäftsführer  
Ebel war aber über das Vorgehen des Amtsrichters am  
29. Juni noch so erregt, daß er ihm in einem Briefe mitteilte:  
„Ein gewöhnlicher Richter hätte in einem solchen Falle Ge-  
waltanwendung vermieden. Sind Sie froh, daß der  
alte Fritz mit seinem Krückstock nicht mehr

in Preußen regiert. Manchmal wäre es wir-  
lich sehr nötig. In einem zweiten Briefe an den Ober-  
landesgerichts-Präsidenten beschwerte sich Ebel über die Pro-  
zeßführung des Amtsrichters, der ihn mit seinem Anspruch  
widerrechtlich abgewiesen habe. Ein solches Tun, meinte er,  
müsse der Sozialdemokratie mit Gewalt An-  
hänger zuführen. Der Angeklagte erklärt, bei Ab-  
gabe des Telegramms zur Befreiung der Frau aus edlen  
Motiven und sonst in Wahrnehmung berechtigter  
Interessen gehandelt zu haben. Der Staatsanwalt  
beantragte gegen den Angeklagten sieben Monate Ge-  
fängnis. Erkannt wurde auf drei Monate.

### Aus Nah und Fern.

**Seine Frau erwürgt.** Bei dem Kürschner Koll, der  
Dienstag vormittag in Berlin seinen Arbeitskollegen Mat-  
tern durch einen Revolveranschlag schwer verletzte und sich dann  
tötete, wurde ein Brief vorgelesen, wonach er seine Ehefrau  
mit in den Tod genommen habe. Tatsächlich fanden die  
Polizeibeamten die Ehefrau tot in ihrer Wohnung vor. Die  
Leiche war mit Tüchern bedeckt und wies Strangulations-  
merkmale auf, so daß wohl unzweifelhaft feststeht, daß Koll  
seine Frau erwürgt hat.

**Furchtbare Bluttat.** Auf einem Bauerngut in der Nähe  
von Markirch in Elßaß hat sich eine furchtbare Bluttat ab-  
gespielt. In einer Scheune fand man den 31 Jahre alten  
Knecht Vogel mit eingeschlagener Hirnschale  
tot auf. Ein anderer Knecht, der ebenfalls schwere  
Verletzungen am Kopfe aufzuweisen hatte, war an  
einer Leiter aufgehängt. Ein blutiges Beil, offenbar das  
Mordwerkzeug, lag in der Nähe des Tatortes. Von dem  
Täter fehlt jede Spur.

**Zwei Bergleute verschüttet.** Wie die „Frankfurter Ober-  
zeitung“ aus Finkenheerd meldet, wurden am Dienstag  
in der Grube der Frankfurt-Finkenheerder Braunkohlen-  
Aktien-Gesellschaft zwei Bergleute verschüttet. Die  
Leichen wurden geborgen.

### Handels- und Marktnachrichten.

**Lübeker Marktpreise vom 4. Dezember.**  
Bauern-Butter Pfd. 0,00—1,40 Mk., Meierei-Butter  
Pfd. 1,50 Mk., Hasen 3,50—4,50 Mk., Enten 3,50—4,50 Mk.

**Hühner 1,70—2,50 Mk., Küken Stück 1,60—2,20 Mk., Tauben  
Stück 60—70 Pf., Gänse Pfd. 85—90 Pf., Schinken Pfd.  
1,20 Mk., Schweinshopf pr. Pfd. 60 Pf., Wurst, ge-  
räuchert, Pfd. 1,30—1,60 Mk., Eier Stck. — u. 12 Pfg., Kar-  
toffeln 10 Pfd. 40 bis 50 Pfg., Spargel 1. Sorte — Pfg.,  
2. Sorte — Pfg., 3. Sorte — Pfg., Blumenkohl der Kopf  
20—60 Pfg., Kürbissen, hiesige, Pfd. — Pfg., eingeschickte,  
Pfd. — Pfg., Lebende Süßwasserfische: Schleie, Portions-  
schleie Pfd. 1,40, größere Pfd. 0,00—1,20 Mk., Karpfen, grö-  
ßere Pfd. 1,00—1,10 Mk., kleinere 90 Pfg., Aal, große Pfd.  
1,00 Mk., mittlere Pfd. 80 Pfg., kleine Pfd. 60 Pfg.,  
Karauschen Pfd. 80 Pfg., Hechte, große Pfd. 60 Pfg.,  
mittel Pfd. 70 Pfg., Barsche Pfd. 60 Pfg., Brachsen, gr.  
Pfd. 60—70 Pfg., kleine Pfd. 50 Pfg., Mand Pfd. — Pfg.,  
Krotzungen, große Pfd. 25 Pfg., kleine Pfd. 15 Pfg., Krebse  
Pfd. — Pfg., Salzwasserfische: Dorsche, lebende Pfd.  
35—40 Pfg., frische Pfd. 25—30 Pfg., Quitten, größere Pfd.  
30 Pfg., kleinere 20 Pfg., Steinbutt, lebende Pfd.  
— Pfg.**

**Hamburger Sternchanz-Viehmarkt vom 4. Dezember.**  
Auftrieb 1511 Schweine. Markt ruhig geräumt.  
Es wurden gezahlt für 50 kg Lebendgewicht  
nach Abzug vereinbarter nebenliegender Tara und  
für 50 kg Lebendgewicht ohne Tara: Beste schwere reine  
Schweine, über 260 Pfd., Tara 20 Proz., 83,— bis 84,—  
(66,50 bis 67,00 Mk.) Mittelschwere Ware, von 240—260  
Pfund, Tara 20 Proz., — bis 83,— (— bis 66,50 Mk.)  
Mittelware, von 200—240 Pfd., Tara 22 Proz., 83,— bis  
83,50 (64,50 bis 65,00 Mk.) Gute leichte Ware, unter 200  
Pfund, Tara 22 Proz., — bis 83,— (— bis 64,50 Mk.)  
Geringere Ware, Tara 24 Proz., 74,— bis 80,— (56,00 bis  
61,—) Mk. Sauen, 1. Qualität, Tara 20 Proz., 78,— bis  
80,— (62,50 bis 64,—) Mk. Sauen, 2. Qualität, Tara 22  
Prozent 72,— bis 77,— (56,00 bis 60,—) Mk.

### Butter-Notierungen

**d. Landwirtschaftskammer f. d. Provinz Schleswig-Holstein**  
Butter-Auktion des ostholsteinischen Meierei-Verbandes.  
Hamburg, 4. Dezember.  
1. Klasse 3/4 Drittel zu 130,24 Mk. im Durchschnitt.  
2. „ „ „ 121,89 Mk.  
Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.  
Verleger: Th. Schwarz, Druck: Friedr. Meyer & Co.  
Sämtlich in Lübeck.

Gesucht Mädchen von 6 bis 8  
ein Jahr, in Kost  
und Pflege. Ang. unt. G M 100  
an d. Exped. d. Bl. (5552)

Gesucht per sofort ein stadt-  
kundiger, kräftiger und ge-  
wissenhafter 5551  
**Hausdiener.**  
Zu melden Freitag, von 5  
bis 6 Uhr, am alten Bahnhof.  
**Schlinck & Co.**

Eine kleine Wohnung zum 1. Jan.  
an ordentl. Leute zu verm. (5545)  
Näheres Weissenhofstraße 4a.

Mehrere Petroleumlampen  
und Säugelampen  
unter Preis zu verkaufen (5483)  
Schwarzbauer Allee 145. Stb. part.

**1 guterh. Sitz- u. Liegewagen**  
mit Nickelst. u. Gummireif, billig  
zu verk. Schwarzbauer Allee 70c. n.  
Ein Schrank, nach f. Einlogierst.  
2 Mk., eine 2-flamm. Petroleum-  
maschine, 1,50 Mk., zu verkaufen.  
(5543) Holtenstraße 17. II.

**Ein gutes Herren-Fahrrad**  
zu verkaufen.  
(5546) Gartenstraße 12.

**Ein Kinderwagen**  
passend zum Gehen, Preis 4 Mk.  
(5541) Schulstraße 12.

**Eine Spieldose mit 52 Platten**  
zu verkaufen.  
(5539) St. Annenstraße 14.3.

Ein schön. Tuch-Kostüm-Paletot  
und eine Säugelampe für Weisheit  
billig zu verkaufen. (5524)  
Hörsingstraße 57. II.

**Ein Puppenwagen**  
billig zu verkaufen.  
(5538) Holtenstraße 2. Simeisbau.

Ein neues Knaben-Fahrrad, für  
das Alter von 8—14 Jahren, be-  
deutend unter Preis zu verkaufen,  
da es einen kleinen Reifer hat.  
(5529) Joh. Meier, Altmühlr. 12a.

**Rechnungs-Formulare**  
werden hergestellt in der  
Buchdruckerei des Hüb. Volksboten.  
Johannisstraße 43.

**Herren-**  
Schnürstiefel, Knöchel 8.75  
„ „ „ „ „ 10.75  
Zugstiefel „ „ 19.75  
Schnallenstiefel „ „ 11.75  
Gute reelle Ware.  
Rabattmarken.  
**Heinr. Beckmann**  
Reiferstr. 3.

Die ganze zivilisierte Welt spricht von

## Yoghurt.

Das Interesse, welches dieses Produkt jetzt auch bei uns findet, hat mich  
veranlasst, Yoghurt-Margarine in den Handel zu bringen.  
Diese Margarine, welche auf bakteriologischem Wege mit Yoghurt-Milch  
und edelstem Pflanzenfett hergestellt ist, enthält alle wertvollen Eigenschaften  
der Yoghurt-Milch und sollte daher jede Hausfrau, welcher die Gesundheit ihrer  
Familie wirklich am Herzen liegt,

## Yoghurt-Margarine

gebrauchen.

Professor Metschnikow hat auf dem grossem Aertekongress in Berlin  
nachgewiesen, dass die frühe menschliche Sterblichkeit auf die Wirkung schäd-  
licher Bakterien von Krankheiten verschiedenster Form, wie Arterienverkalkung,  
Altersschwäche etc. zurückzuführen ist und gleichzeitig bewiesen, dass der täg-  
liche Genuss von Yoghurt-Produkten, welche die

### Bakterien Bazillus Bulgarikus, Bakterie lactie

enthalten, Magen- und Darmkrankheiten, Schwächezustände, Leber- und Herz-  
krankheiten, Blutarmut, Verdauungsbeschwerden etc. vorbeugt und somit ein  
hygienisches Produkt ersten Ranges darstellt, das unbedingt das Leben verlängert.

Der Professor Metschnikow wies nach, dass z. B. in Bulgarien, wo dieses  
Produkt seit Jahren verwandt wird, ein grosser Prozentsatz der Bevölkerung eine  
Lebensdauer von über 100 Jahren erreicht, während heute in Deutschland  
mit nicht annähernd so günstigen Verhältnissen zu rechnen ist.

## Yoghurt-Margarine

kostet nur  
**pro Pfund 1.00 Mark.**  
und ersetzt vollständig feinste Meiereibutter.

Niemand versäume einen Versuch mit meiner

## Yoghurt-Margarine

zu machen. Zwecks Einführung gebe ich in allen Filialen am  
Freitag, dem 6., Sonnabend, dem 7., und Sonntag, dem 8. Dezember  
**gratis** eine elegante Porzellan-Tasse  
beim Einkauf von nur 1 Pfund Yoghurt-Margarine.

# Friedrich Ohlsen

Huxstr. 30. Butter-Geschäft. Huxstr. 30.

Ein Puppenwagen, Puppen u.  
Puppenstube mit Möbel zu verk.  
(5526) Logenstraße 23.

Strümpfe werden mit der Mas-  
chine neu angefertigt. (5535)  
Georgstraße 33 III.

**Werkwaren**  
werden billig repariert u. gereinigt.  
(5522) Sauerwegmauer 3a.

**Puppen-Perücken,**  
schönes Haar, zu d. billigsten Preisen.  
Anfertigung von kunstgebundenem Haar.  
**A. Ochs, Dankwartstraße 63.**

übernehme noch Wäsche für  
junge Leute od. auch Hausstands-  
wäsche, billig. (5528)  
Mittelstraße 9a, part.

**Kamelhaarstühle  
und Kautoffel**  
in allen Größen, billig.  
**Heinr. Beckmann,**  
Reiferstraße 3. (5550)

**H. Schultz**  
Uhrmacher (5521)  
Johannisstr. 20

Niedliche  
**Puppenstübenapeten**  
in vorzüglicher Auswahl  
(5538) empfiehlt  
**Marli-Drogerie**  
Wilhelm Robenschid.



## Bettfedern

Bettfedern u. Daunen  
Inletts Bettwäsche  
**Gebr. Hefti**  
Lübeck  
Untertrave 11/12  
bei der Holstenstr.

Bevor Sie Ihren Bedarf an

## Bettfedern

decken, verlangen Sie Muster gratis  
und franko, und überzeugen sich  
über Güte und Billigkeit meiner  
Ware. (5137)  
Blücherstr. 27 M. Otto Blücherstr. 27  
Dampfreinigung. Fernruf 8955.

Die Arbeiter-Garderoben  
aus dem Spezial-Geschäft von  
Lübeck **Otto Albers** Kahlm.  
Markt 4 10  
sind vorteilhaft bekannt durch  
gute Verarbeitung u. sehr billige  
Preise. U. a.:  
Lederhosen . . . 2.20—6.45  
Maurehosen . . . 2.60—6.75  
Schlosserhosen . . 1.88—5.25  
überziehohsen . . 1.08—2.35  
Zwirn-Hosen . . . 1.68—3.25  
leinene Jacken, schräge u. gerade,  
1.28, Kragen, Hemden, Schlichter-  
jacken, Freizeithosen, Malermäntel  
erstaunlich billig. Mägen von 30  
Pf. bis 1.88 Mk. Note Lubecam.

Sämtliche zur  
**Kuchenbäckerei**  
sowie zur Schlachtere  
erforderlichen Artikel  
empfehle in allerfeinster Ware.  
**Carl Trost Nil,**  
Sackbaurer Allee 55 c.  
Fernruf 1900. (5551)